



TRANSPARENZ- BERICHT 2019

Zahlen, Kampagnen und Projekte unserer Bürgerbewegung

Editorial	3
Herzlichen Dank!	4

Über uns	5
Unsere Vision	6
Eine Bürgerbewegung, zwei Körperschaften	7
Bei Campact arbeiten	9
Kurzprofil	11

Kampagnen	15
So engagierten sich Campact-Unterstützer*innen	16
Wir machen Schlagzeilen	17
Wir bleiben laut	18
Ergebnisse der Kampagnenarbeit im Jahr 2019	19
Kampagnen im Einzelnen	23
WeAct	43
An diesen Organisationen beteiligt sich Campact	46

Finanzen	48
Engagement durch Spenden	49
Hinweis zu den Zahlen/Einnahmen	50
Ausgaben	54
Jahresergebnis	62
Vermögen und Geldanlage	63
Jahresabschluss 2019	65

Anhang	80
Kooperationspartner*innen im Jahr 2019/Impressum	80
Körperschaften, die 2019 von Campact e. V. finanzielle Mittel erhalten haben	81
Körperschaften, die 2019 von der Demokratie-Stiftung Campact finanzielle Mittel erhalten haben	83
Fördern Sie Campact	84

Liebe*r Leser*in,

zum ersten Mal erreicht Sie ein Transparenzbericht, der zwei Campact-Organisationen durchleuchtet: den Campact e.V. und die 2019 gegründete Demokratie-Stiftung Campact. Zwei Körperschaften, die für eine Bürgerbewegung von Millionen Menschen stehen, die sich für progressiven Wandel einsetzt. Lesen Sie auf den Seiten 7–8 mehr zur Arbeit und den Hintergründen von Verein und Stiftung.

Gemeinsam waren wir dabei, als im September 1,4 Millionen Menschen für den Klimaschutz auf die Straße gingen. Als Teil eines europaweiten Bündnisses haben Campact-Unterstützer*innen sich vor den Europawahlen für Vielfalt und gegen Nationalismus stark gemacht. Und junge Aktivist*innen haben erstmals in einem Trainingslager das Campact-Handwerk gelernt. Dies sind nur einige von zahlreichen Aktivitäten, die unsere Bürgerbewegung im Jahr 2019 angestoßen hat. Einen detaillierten Bericht über alle Kampagnen und Projekte finden Sie auf den Seiten 15–47.

Unsere Bürgerbewegung hat 2019 erneut viel Solidarität durch ihre Unterstützer*innen erfahren: Als dem Campact e.V. der Status der Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, haben sich Tausende hinter uns gestellt. Die vielen Spenden und Förderbeiträge haben uns gestärkt und zahlreiche erfolgreiche Aktionen ermöglicht. Alles zu unseren Finanzen legen wir auf den Seiten 48–79 offen.

Allen Unterstützer*innen und Mitstreiter*innen danken wir für das, was wir gemeinsam 2019 erreichen konnten.

Herzliche Grüße



Christoph Bautz, Daphne Heinsen und Dr. Felix Kolb
Campact-Vorstand





Liebe Förder*innen, liebe Spender*innen,

unsere erste Videokonferenz mit dem gesamten Team fand am 11. Februar 2020 statt. Draußen tobte Orkan Sabine und keine*r von uns konnte in die Bahn steigen, um nach Verden ins Büro zu fahren. Also blickten wir aufgeregt auf die über 50 kleinen Kacheln, hinter denen sich unsere Kolleg*innen im Homeoffice verbargen.

Die Video-Teamsitzung haben wir zu dem Zeitpunkt schon als gute Übung gesehen. Nicht, weil wir die Corona-Pandemie vorausgesehen haben – vielmehr hatte es mit der Zukunft unserer Zusammenarbeit zu tun.

Bisher pendelten die meisten Kolleg*innen jede Woche für zwei Tage nach Verden in Niedersachsen. Bald jedoch werden sie von zu Hause oder aus dem Co-Working-Space arbeiten. Das entlastet viele von uns, die jede Woche weite Strecken auf sich genommen haben – und es ist ökologischer. Auch, wenn wir uns dann nicht mehr jede Woche persönlich sehen: Auf die kommenden gemeinsamen Treffen freuen wir uns umso mehr!

Ganz egal, wo man uns in Zukunft trifft: Dass wir uns für unsere Ziele einsetzen können, haben wir ausschließlich Ihnen zu verdanken. **Vielen Dank, dass Sie Campact mit Ihrer Unterstützung tragen!**

Herzliche Grüße
Ihr Campact-Team

PS: Wie es sonst so ist, bei Campact zu arbeiten? Ab Seite 9 erfahren Sie mehr darüber.

Über uns



Unsere Vision

Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der über 2,3 Millionen Menschen für progressive Politik streiten (Stand: August 2020). Wenn wichtige Entscheidungen anstehen, wenden wir uns mit Online-Appellen direkt an die Verantwortlichen in Parlamenten, Regierungen und Konzernen. Wir schmieden Bündnisse, debattieren mit Politiker*innen und tragen unseren Protest auf die Straße: mit großen Demonstrationen und lokalen Aktionen. Leere Worte lassen wir nicht gelten – unser Maßstab ist tatsächlich umgesetzte Politik. Finanziert durch Spenden verfolgen wir unsere Anliegen unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaftsinteressen.

Unsere Kampagnen treiben sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt voran – für eine Welt, in der alle Menschen ihre Freiheit gleichermaßen verwirklichen können. Progressiv nennen wir Politik, die ...

- ... unsere Umwelt schützt und Frieden schafft,
- ... demokratische Teilhabe stärkt und gleiche Bildungschancen gewährleistet,
- ... Bürgerrechte verteidigt und Geflüchtete willkommen heißt,
- ... für soziale Gerechtigkeit sorgt und für eine solidarische Steuerpolitik eintritt,
- ... Diskriminierung abbaut und Gleichberechtigung herstellt.

Diese Ziele verbinden uns mit sozialen Bewegungen, in die wir uns einbringen und als deren Teil wir uns verstehen. Um die Ziele zu verwirklichen, ist der Nationalstaat häufig zu klein. Wir treten deshalb für eine demokratische Europäische Union der Bürger*innen ein. Wir nehmen Deutschland und Europa in die Pflicht, ihrer Verantwortung für globale Gerechtigkeit nachzukommen.

Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftlicher Wandel nötig und möglich ist. Im Bündnis mit vielen Partner*innen haben wir Deutschlands Felder gentechnikfrei gemacht, den Atomausstieg durchgesetzt, Steuerschlupflöcher geschlossen und für mehr Transparenz in der Politik gesorgt. Das zeigt: Wir können unsere gewählten Vertreter*innen auf das Gemeinwohl verpflichten, wenn wir gemeinsam die Stimme erheben. Deswegen ist unser Motto: Bewegt Politik!

Eine Bürgerbewegung, zwei Körperschaften

Ob auf der Straße oder im Netz: Seit über 15 Jahren streiten Bürger*innen mit Campact für gesellschaftlichen Wandel. Eines ist seit 2019 neu: Neben dem Verein Campact ist nun auch die Demokratie-Stiftung Campact Teil unserer Bürgerbewegung. Erstmals informiert Sie dieser Transparenzbericht darum über die Aktionen und Finanzen beider Körperschaften. Lesen Sie hier mehr zu deren Arbeit und Hintergründen.

Politische Beteiligung, ganz einfach im Netz: Als Christoph Bautz, Felix Kolb und Günter Metzges 2004 den Campact e.V. gründeten, brachten sie Online-Petitionen nach Deutschland – und schufen damit einen neuen Weg für Bürger*innen, politisch etwas zu bewegen. Protestaktionen, Unterschriften-übergaben, Großdemonstrationen: Längst geht das Engagement der Campact-Unterstützer*innen über das Internet hinaus. Über 2,3 Millionen Menschen setzen sich in unserer progressiven Bürgerbewegung für ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel ein.

Zivilgesellschaftliches Engagement, das vom Finanzamt Berlin immer wieder als gemeinnützig bewertet wurde. Doch das änderte sich letztes Jahr im Januar. In einem Urteil zur Gemeinnützigkeit von Attac erklärten die Richter des Bundesfinanzhofes: Die Kampagnen von Attac seien keine politische Bildungsarbeit. Politische Bildung dürfe nicht eingesetzt werden, um die politische Willensbildung und die „öffentliche Meinung im Sinne eigener Auffassungen“ zu beeinflussen. Davon ausgenommen sind nur 25 anerkannte Zwecke – darunter der Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz.

Nicht gemeinnützig dagegen: die Wahrnehmung und Verwirklichung von Grundrechten, der Einsatz für Frieden, soziale Gerechtigkeit, informationelle Selbstbestimmung, für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter. Vereine konnten sich bisher auf die Förderung der Bildung berufen, wenn sie zu diesen Themen arbeiteten – das taten sowohl Attac als auch Campact. Das Finanzamt für Körperschaften Berlin musste darum der Entscheidung des Bundesfinanzhofes folgen – und erkannte Campact den steuerlichen Status als gemeinnützige Organisation am 2. Oktober 2019 ab.

Dieses Urteil tat weh. Aber es änderte nichts an der Arbeit von Campact. Vieles, was unsere Bürgerbewegung macht, bleibt auch weiterhin gemeinnützig. Gut, dass die Demokratie-Stiftung Campact Anfang des Jahres auf Initiative des Campact e.V. gegründet wurde. Diese kann nun zweifelsfrei gemeinnützige Aktivitäten unserer Bürgerbewegung tragen und anteilig mitfinanzieren. Beide Körperschaften bilden gemeinsam ein nachhaltiges Finanzierungsmodell für unsere Bürgerbewegung.

Stiftung und Verein sind eng miteinander verbunden, das zeigen die Satzungen beider Körperschaften. Zudem teilen beide dieselbe Vision – und verstehen sich als Teil derselben Bürgerbewegung. Diese Nähe wird auch durch die Besetzung des Stiftungsrats deutlich: Neben der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Compact e.V. Gisela Enders tragen auch Daphne Heinsen und Christoph Bautz, beide geschäftsführende Vorstandsmitglieder des Vereins, Verantwortung. Die Mitglieder der Stiftungsorgane sind alle ehrenamtlich tätig – und die Demokratie-Stiftung Compact hat auch keine eigenen Mitarbeiter*innen. Dieser gemeinsame Bericht wird daher vom Compact e.V. erstellt, um eine transparente und kostensparende Berichterstattung über unsere gesamte Bürgerbewegung zu ermöglichen.

Wer Compact e.V. mit Spenden und Förderungen zur Seite steht, ermöglicht es dem Verein weiterhin, unbequem und unabhängig zu bleiben. So kann er blitzschnell Kampagnen zu tagespolitischen Themen starten, aber auch langfristig wichtige Themen ausdauernd verfolgen. Was sich jedoch geändert hat: Der Verein kann keine Zuwendungsbestätigungen mehr ausstellen. Für Menschen, die unserer Bürgerbewegung größere Spenden zukommen lassen möchten oder uns in ihr Testament aufnehmen wollen, gilt: Die Demokratie-Stiftung Compact ist von der Schenkungs- und Erbschaftssteuer befreit und kann für erhaltene Zuwendungen Bescheinigungen ausstellen. Die Stiftung fördert allerdings ausschließlich gemeinnützige Projekte, Initiativen und Kampagnen.

Ob Demokratie-Stiftung Compact oder Compact e.V.: Compact ist eine Bürgerbewegung, die sich für eine lebendige Demokratie stark macht und für gesellschaftlichen Wandel kämpft. Wie wir das tun – das zeigt dieser Bericht.

Bei Campact arbeiten

Eine sozial-gerechte, ökologisch-nachhaltige und demokratisch-friedliche Gesellschaft – dafür setzt sich unsere Bürgerbewegung ein. Klar, dass wir bei Campact diese Werte auch innerhalb unseres Teams leben. Sie sind die Grundpfeiler, an denen sich Campact als Arbeitgeber messen lassen möchte.

Campact ist ...

... sozial und gerecht

Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind uns wichtig. Deswegen zahlt Campact **faire Löhne** – die transparent klaren Regeln folgen und für alle nachvollziehbar sind. Campact-Mitarbeiter*innen bekommen eine erfahrungs- und leistungsorientierte Vergütung, die an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) angelehnt ist. Die Spannbreite zwischen Funktionen und Führungsebenen halten wir möglichst gering.

Wir haben uns zu einem **fairen Frauenanteil** auf der Leitungsebene verpflichtet. Fair bedeutet: In mindestens der Hälfte der Führungspositionen sind Frauen – oder so viele, dass es dem Frauenanteil im Team entspricht. 2019 waren sieben von zwölf Kolleg*innen mit Führungsverantwortung Frauen: eine Geschäftsführerin im Vorstand und sechs Teamleiterinnen. Das entspricht genau dem Verhältnis der bei Campact arbeitenden Frauen insgesamt. Die Organisation Fair Share [↗](#) überprüft uns dabei regelmäßig. Beim ersten Fair Share Monitor, der den Anteil von Frauen in Führungspositionen misst, erreichte Campact den zweiten Platz von über 40 geprüften NGOs.

Campact bietet viele **attraktive Sozialleistungen**: Zum Beispiel Kinderzuschläge, einen Zuschuss zum Mittagessen im Bio-Restaurant in Verden oder eine umfangreiche technische Ausstattung, die auch privat genutzt werden kann. Ab Herbst 2020 bekommen alle Kolleg*innen, die den überwiegenden Teil ortsunabhängig arbeiten, eine angemessene Homeoffice-Pauschale.

Wenn wir **neue Kolleg*innen** einstellen, tun wir das in den meisten Fällen **unbefristet**. Ausnahmen gibt es nur bei Elternzeitvertretungen oder neuen Projekten mit ungewissen Erfolgchancen. Aber auch bei einem befristeten Arbeitsverhältnis prüfen wir immer sorgfältig, ob eine weitere Zusammenarbeit möglich ist und sind im engen Austausch, um frühzeitig darüber zu entscheiden.

Ein weiterer Punkt, der uns wichtig ist: Die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Neben der Arbeit im Homeoffice haben Eltern mit jungen Kindern die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden zu reduzieren.

... ökologisch und nachhaltig

Campact ist im Ökozentrum in Verden zu Hause. Von der Photovoltaik-Anlage bis zur Grauwasser-Nutzung: In Sachen Nachhaltigkeit setzt das Zentrum Maßstäbe. In unserem Arbeitsalltag schreiben wir E-Mails und verzichten auf Postbriefe, nutzen Büromaterialien eines ökologisch orientierten Anbieters und trinken unseren Bürokaffee vom Café Libertad Kollektiv eG.

Mobilität bedeutet für Campact-Mitarbeiter*innen meist, mit der Bahn in der 2. Klasse zu reisen. Trotz vieler Aktionen in ganz Deutschland besitzt Campact kein eigenes Kraftfahrzeug: Wir transportieren das Aktionsmaterial mit Mietfahrzeugen. Auch Lautsprecheranlagen und anderes technisches Equipment mieten wir – das spart Kosten und mindert die Umweltbelastung.

... demokratisch und friedlich

Wir wollen einen **demokratischen und friedlichen Fortschrittsprozess** gestalten. Das leben wir im täglichen Miteinander bei Campact: Eine **offene und transparente Kommunikationskultur** ist uns wichtig. Dazu gehört auch, Fehler zu machen. Denn als lernende Organisation sehen wir darin eine Chance, besser zu werden. Das gelingt unserem Team auch durch regelmäßige fachliche und persönliche Weiterbildungen, Coachings und kollegiale Fallberatungen – immer in enger und vertrauensvoller Abstimmung mit den jeweiligen Führungskräften.

Jedes Jahr wählt das Campact-Team zwei der insgesamt vier Kolleg*innen, die sie in der **Mitgliederversammlung** vertreten. Im höchsten Gremium des Vereins kontrollieren und unterstützen sie gemeinsam mit vier Förder*innen und vier berufenen Mitgliedern die Arbeit des Vereinsvorstands – und sind somit in die strategische und finanzielle Ausrichtung des Vereins eingebunden.

Campact setzt als moderner Arbeitgeber auf Digitalisierung und Flexibilität – daher arbeiten unsere Mitarbeiter*innen ab Herbst 2020 fast ausschließlich im bezuschussten **Homeoffice oder Co-Working-Space**. Zahlreiche Rückmeldungen aus dem Team haben uns zu diesem Schritt bewegt. Das Ziel: weniger Belastung durch Reisetätigkeit, mehr Zeit fürs Privatleben. Den Prozess zur Einführung der ortsunabhängigen Arbeit haben wir gemeinschaftlich in einer repräsentativen Projektgruppe aus elf Campact-Mitarbeiter*innen gestaltet.

Sie teilen unsere Werte und wünschen sich sowohl gesellschaftliche als auch berufliche Veränderung? Auf www.campact.org/jobs finden Sie immer unsere aktuellen Stellenangebote.

Kurzprofil

Der Campact e.V. und die Demokratie-Stiftung Campact unterstützen aus Überzeugung die Initiative Transparente Zivilgesellschaft [↗](#) – deshalb legen wir die folgenden Informationen nach ihren Standards offen. Erfahren Sie hier mehr über die Ziele der beiden Organisationen, woher die Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer die Entscheidungsträger*innen sind.

Name, Sitz, Anschrift und Gründungsjahr

Campact e.V.

Sitz: Planufer 91, 10967 Berlin
Verwaltung: Artilleriestr. 6, 27283 Verden

Campact e.V. wurde 2004 gegründet.

Demokratie-Stiftung Campact

Planufer 91,
10967 Berlin

Die Demokratie-Stiftung Campact wurde 2019 gegründet.

Vollständige Satzung sowie Angaben zu den Zielen

Campact ist eine Bürgerbewegung, mit der über 2,3 Millionen Menschen für progressive Politik streiten.

Mehr über Ziele und Vision finden Sie auf der Seite 6 in diesem Bericht.

[Satzung \[↗\]\(#\)](#)

Die Demokratie-Stiftung Campact befördert sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt für eine Welt, in der alle Menschen ihre Freiheit gleichermaßen verwirklichen können.

Mehr über Ziele und Vision finden Sie auf der Seite 6 in diesem Bericht.

[Satzung \[↗\]\(#\)](#)

Angaben zur Steuerbegünstigung

Im Oktober 2019 wurde Campact der steuerliche Status als gemeinnütziger Verein aberkannt. Campact hatte sich in seiner Satzung auf die Förderung politischer Bildung und des demokratischen Staatswesens berufen. Diese beiden recht allgemeinen Zwecke sind vom Bundesfinanzhof massiv eingeschränkt worden. Für die breite Themenpalette, die Campact bearbeitet, fehlen außerdem zum Teil eigene, spezifische Zwecke in der Abgabenordnung. Dennoch ist die Arbeit von Campact selbstlos und findet im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung statt – ist also der Idee nach gemeinnützig. Campact setzt seine gemeinnützige Arbeit deshalb als Idealverein fort. Für Spenden und Förderbeiträge dürfen aber keine Zuwendungsbestätigungen mehr ausgestellt werden.

Ablehnungsbescheid des Finanzamts [↗](#)
ITZ Fragebogen für zivilgesellschaftliche Organisationen ohne Gemeinnützigkeitsstatus [↗](#)

Die Demokratie-Stiftung Campact (Steuernummer: 27/643/06609) ist nach Feststellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I Berlin vom 04.06.2019 von der Körperschaftsteuer befreit, weil sie gemeinnützigen Zwecken im Sinne der § 52 AO dient.

Feststellungsbescheid [↗](#)

Name und Funktion wesentlicher Entscheidungsträger*innen

Geschäftsführender Vorstand

Christoph Bautz, Geschäftsführender Vorstand
Daphne Heinsen, Geschäftsführende Vorständin
Dr. Felix Kolb, Geschäftsführender Vorstand

Die zwölf Mitglieder der **Mitgliederversammlung**, die verschiedene Gruppen innerhalb von Campact e.V. repräsentieren, unterstützen und kontrollieren die Arbeit des Vereinsvorstands.

Weitere Informationen über Entscheidungsträger*innen finden Sie auf der Website. [↗](#)

Vorstand

Daphne Heinsen, Vorstandsvorsitzende

Stiftungsrat

Daphne Heinsen, Sprecherin des Stiftungsrats
Gisela Enders, Mitglied des Stiftungsrats
Christoph Bautz, Mitglied des Stiftungsrats

Informationen über die Organe finden Sie auf der Website. [↗](#)

Tätigkeitsbericht

Informieren Sie sich über Aktionen und Kampagnen auf den Seiten 15–47 in diesem Bericht.

Informieren Sie sich über geförderte Projekte, Initiativen und Kampagnen auf den Seiten 15–47 in diesem Bericht.

Personalstruktur

Bei Campact e.V. waren 80 Mitarbeiter*innen im Jahr 2019 fest angestellt. Insgesamt entspricht das 64 Mitarbeiter*innen in Vollzeit. Außerdem werden studentische Hilfskräfte, Praktikant*innen und ein*e FSJler*in beschäftigt.

Mehr über das Campact-Team erfahren Sie auf der Website. [➔](#)

Lesen Sie mehr zu Campact als Arbeitgeber auf den Seiten 9–10 in diesem Bericht.

Tausende Campact-Aktive engagieren sich bei großen Demonstrationen, lokalen Aktionen und Online-Appellen.

Der Vorstand und der Stiftungsrat arbeiten ehrenamtlich für die Demokratie-Stiftung Campact.

Verwaltungsaufgaben werden – auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags – von Mitarbeiter*innen von Campact e.V. für die Demokratie-Stiftung Campact getätigt.

Angaben zur Mittelherkunft und Mittelverwendung

Angaben zu Einnahmequellen und zur Verwendung der Einnahmen finden Sie auf den Seiten 48–79 in diesem Bericht.

Dort finden Sie auch den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schomerus & Partner.

Angaben zu Einnahmequellen und zur Verwendung der Einnahmen finden Sie auf den Seiten 48–79 in diesem Bericht.

Dort finden Sie auch den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schomerus & Partner.

Gesellschaftsrechtliche Verbundenheit mit Dritten

Campact e.V. war bis 2020 Mitgesellschafter (49,9 Prozent der Anteile) und Kooperationspartner der 2012 gegründeten openPetition gGmbH.

Campact e.V. hat die HateAid gGmbH 2019 mitgegründet und ist Mitgesellschafter (66,6 Prozent der Anteile).

Auf internationaler Ebene ist **Campact e.V.** Teil des OPEN-Netzwerks.

Die **Demokratie-Stiftung Campact** steht in keinerlei gesellschaftsrechtlicher Verbundenheit zu Dritten.

Namen von Personen, deren jährliche Zahlungen mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausmachen

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2019 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2019 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2019 5.000 Euro oder mehr betrug: 1

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2019 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2019 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendungssumme 2019 5.000 Euro oder mehr betrug: 9

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2019 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 1 (GLS Dachstiftung für individuelles Schenken)

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2019 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 1 (GLS Dachstiftung für individuelles Schenken)

Organisationen (juristische Personen), deren Zuwendung 2019 5.000 Euro oder mehr betrug: 2

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2019 mehr als 10 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendung 2019 mehr als 5 Prozent des Gesamtjahresbudgets ausgemacht hat: 0

Natürliche Personen, deren Zuwendungssumme 2019 5.000 Euro oder mehr betrug: 6

Kampagnen



So engagierten sich Compact-Unterstützer*innen

Klicken, protestieren, Politik bewegen: Compact-Unterstützer*innen stritten 2019 auf viele unterschiedliche Arten für progressive Politik. Das sind die Zahlen ihres Einsatzes.

 **2,2 Millionen**
informierten sich über unseren Newsletter.

Sie zwitscherten weiter:
Compact-Tweets wurden
durchschnittlich im Monat
864.273 Mal gesehen.



 **593.920 Fans**
feierten auf Facebook unsere Erfolge.

 **#compact:**
9.834
Follower*innen begleiteten uns auf
unserem neuen Instagram-Account.

496 Menschen
unterstützten die neu gegründete
Demokratie-Stiftung
Compact mit ihrer Spende.



Auf WeAct, der Petitions-
plattform von Compact,
starteten sie

799  **Petitionen.**

 Sie nahmen an **11**
Großdemonstrationen teil – und
gingen mit bis zu **1,4 Mio.**
Menschen auf die Straße!

 **79.127**
Menschen förderten Compact mit einem regelmäßigen Beitrag.

Sie radelten
478,4 km
bei der riesigen Sternfahrt
zur IAA-Demo.



Wir machen Schlagzeilen

Ob Silbertablett mit Klimapäckchen vorm Kanzleramt, Tausende Radler*innen auf der Frankfurter Autobahn oder Respekt-Plakate gegen Rechts in Fenstern im ganzen Land – wenn Campact-Unterstützer*innen protestieren, wird es bunt. Das macht Spaß, schafft Aufmerksamkeit und verhilft unseren Kampagnen zum Durchbruch. Denn: Sind wir in den Medien sichtbar, wächst unser Einfluss auf politische Entscheidungen – so bringen wir progressive Politik voran.

Eine kleine Auswahl unserer Schlagzeilen im Jahr 2019

„Wir sind schließlich die Zukunft und die Veränderung“

Stader Tageblatt, 12.1.2019

Riesenaufmarsch für Agrarwende

Passauer Neue Presse, 21.1.2019

Die Unterschrift ist nur der Anfang

Thüringer Allgemeine, 2.2.2019

Wir sind die Guten

Die Welt, 19.2.2019

Mobilisierung per Mausclick

Böhme-Zeitung, 28.3.2019

Die Bischöfe, die Kohle und der Hambacher Forst

Publik-Forum, 22.2.2019

Bündnis sagt Rechten den Kampf an

Delmenhorster Kreisblatt, 15.3.2019

Maria 2.0 – Frauen wehren sich

Niederrhein Nachrichten am Wochenende, 11.5.2019

Demokratie ist nicht selbstverständlich

Stuttgarter Zeitung, 20.5.2019

Es lebe die Biene!

Lea, 15.5.2019

Bürger machen mobil

Mitteldeutsche Zeitung Weißenfels, 11.6.2019

Studie: Hetze im Netz bedroht Demokratie

Thüringische Landeszeitung, 4.7.2019

Gemeinsam für den Klimaschutz

Fränkische Nachrichten, 17.8.2019

Steine ins Getriebe

Flensburger Tageblatt, 4.9.2019

Befreiung der Straße

Welt am Sonntag, 15.9.2019

Demonstranten in Berlin bemängeln „Klima-Paketchen“

General-Anzeiger Ostfriesland, 10.10.2019

Ziel sind die 1,5-Grad von Paris

Achimer Kreisblatt, 17.9.2019

Kein Karneval vorm Kanzleramt

Berliner Zeitung, 26.9.2019

Die Gefahr des digitalen Giftmülls

Landeszeitung für die Lüneburger Heide, 5.11.2019

Wind-Treffen bleibt ohne Ergebnis

taz, die tageszeitung, 20.11.2019

Die Protestfabrik. Wie Campact mit Online-Aktivismus die Massen mobilisiert

Weser-Kurier, 8.12.2019

Die 10 stärksten NGOs in Social Media

PR Report, 1.12.2019

Campact verteilt antirassistische „Respekt!“-Aufkleber

Frankfurter Rundschau, 20.12.2019

Wir bleiben laut

Ein „Fußtritt gegen die Zivilgesellschaft“ (Neues Deutschland, 22. Oktober 2019) und ein „Rückschlag für demokratisches Engagement“ (Frankfurter Rundschau, 27. November 2019): Die Entscheidung des Finanzamts und die Aberkennung der Gemeinnützigkeit wurden in der Presse stark diskutiert. Dabei haben sich selbst sonst kritische Stimmen für das Engagement unserer Bürgerbewegung ausgesprochen – lesen Sie selbst:

„Eine wichtige Stimme“

Kommentar Joachim Zinsen, Aachener Nachrichten, Oktober 2019

„Dabei sollte der Bundesregierung klar sein: Ein Gemeinnützigkeitsrecht, das Vereine von der politischen Debatte auszuschließen droht, gehört reformiert. Denn für eine lebendige Demokratie sind kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft existenziell – auch wenn sie manche Politiker nerven.“

„Absurd“

Kommentar Nico Schnurr, Weser-Kurier, Oktober 2019

„Man muss den dauerempörten Sound der Mails nicht mögen. Man kann genervt sein, wie Campact in jedem noch so drögen Thema Aufregerpotenzial sucht. (...) Und trotzdem sollte man sich fragen, was genau gemeinnützig ist, wenn nicht Campacts Einsatz für Menschenrechte und Demokratie.“

„Demokratie im Zangengriff“

Kommentar Ursula Rüssmann, Frankfurter Rundschau, November 2019

„Erst recht würde es eng, wenn (...) Vereine künftig ihre Gemeinnützigkeit riskieren, wenn sie sich etwa gegen einen Neonazi-Aufruf engagieren, obwohl in der Satzung nur Sport oder Traditionspflege stehen. Verheerend wäre das, denn dieses Land braucht doch genau das: dass auch die schweigende Mehrheit mal aufsteht gegen die grassierende rechte Hetze.“

„Kleinkariert“

Kommentar Ronen Steinke, Süddeutsche Zeitung, November 2019

„Wenn ein Konzern für seine Meinung werben möchte, zum Beispiel mit Anzeigenkampagnen gegen das Rentenpaket oder den Mindestlohn, dann sagt der Staat: bitte, gern. Das Unternehmen kann jeden Cent als Werbekosten von der Steuer absetzen. Wenn ein Verein, der keinen Profit generiert, dasselbe tun möchte, prüft der Staat knauserig die Gemeinnützigkeit. Und künftig noch knauseriger.“

Ergebnisse der Kampagnenarbeit im Jahr 2019

Stark: 1,4 Millionen Menschen gingen mit Fridays for Future beim Klimastreik auf die Straße (Berlin, 20.9.)



Anfang des Jahres war klar: Nach dem Attac-Urteil des Bundesfinanzhofes wird wohl auch Compact der steuerliche Status der Gemeinnützigkeit entzogen werden. Eine schwierige Zeit. Aber mit Mut machenden Nachrichten, Spenden und Förderzusagen zeigten Compact-Unterstützer*innen uns ganz deutlich: Wir stehen hinter euch. Beflügelt von so viel **Solidarität** stritt unsere Bürgerbewegung 2019 für unsere gemeinsamen Ziele.

Ein Thema bestimmte das Jahr wie kein anderes: die Klimakrise. Zu Recht – denn die **Zukunft unseres Planeten** entscheidet sich jetzt. Compact ging darum einen ungewöhnlichen Schritt: Wir haben uns dazu verpflichtet, uns kontinuierlich für das Klima einzusetzen – auch wenn keine unmittelbaren politischen Entscheidungen anstehen.

Mit Erfolg: Als Teil einer kraftvollen Klimabewegung konnten wir den schon im Jahr zuvor aufblühenden Einsatz für das Klima weitertragen – und wir wurden noch viel stärker. Der 20. September wurde zum historischen Tag: **1,4 Millionen Menschen** gingen allein in Deutschland mit Fridays for Future für den Klimaschutz auf die Straße – ein Rekord. Nur: Die Entscheidungen der Politik passen noch nicht zu den Forderungen der Bürger*innen. Auch wenn das frustrierend ist, wissen wir: Ohne unseren lauten Protest wäre gar nichts passiert.

Das Engagement der Schüler*innen um Fridays for Future zeigte: Hier sind junge Menschen, die die großen Herausforderungen unserer Zeit ernst nehmen, sich engagieren und andere für zivilgesellschaftliches Engagement begeistern. Mit dem ersten Projekt der Demokratie-Stiftung Compact förderten wir darum 30 junge Aktivist*innen. Im **Compact-Trainingslager** lernten sie, wie sie ihre Kampagnen noch größer, ihre Strategien noch erfolgreicher, ihre Aktionen noch bunter machen.

Zehntausende Radler*innen auf Frankfurts Autobahnen: Die Aktionen rund um die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) waren der Höhepunkt unserer Spritschlucker-Kampagne. Gemeinsam mit dem #aussteigen-Bündnis setzten wir uns für eine **klimafreundliche Verkehrswende** ein. Die Besucherzahlen der IAA waren so niedrig wie nie – und unser Protest umso eindrucksvoller. Unsere Forderungen schafften es in alle Medien. Gemeinsam zeigten wir der Autoindustrie: Die Zeit protziger Spritschlucker ist vorbei!



Statt Stau und Stickstoff: Zehntausende Radler*innen zeigen bei den IAA-Protesten wie Verkehrswende geht (Frankfurt am Main, 14.9.)

Energiewende ohne Windkraft? Undenkbar. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) wollte schärfere Abstandsregeln für Windräder – der Todesstoß für die **Windenergie** in Deutschland. Wir starteten einen Appell, protestierten laut, stärkten den das Gesetz ablehnenden norddeutschen Bundesländern den Rücken – und brachten die Regierung zum Umdenken! Es wird keinen verpflichtenden Abstand von 1.000 Metern zwischen Windrädern und Siedlungen geben.

Dunkle Rauchwolken, lodernde Flammen, verkohlte Tiere – im Sommer schockierten uns die Bilder aus dem Amazonas-Regenwald. Trotzdem verhandelt die EU ein Abkommen mit den Mercosur-Staaten, das die Zerstörung des Regenwalds beschleunigt. Hunderttausende Appell-Unterzeichner*innen forderten in einer Zeitungsanzeige von den SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans: **Kein Abkommen ohne Schutz des Regenwalds!** Das Duo versprach: Den Vertrag darf es nur mit Umweltschutzklauseln geben. Zudem kündigten Frankreich, Österreich, Irland, Luxemburg und die Niederlande an, dem Vertrag in seiner jetzigen Form nicht zuzustimmen – was wahrscheinlich ein Scheitern von EU-Mercosur bedeuten würde. Wir bleiben dran.

Die europäische Zivilgesellschaft ist bunt, stark und engagiert. Das bewiesen Campact-Unterstützer*innen gemeinsam mit vielen Europäer*innen am 19. Mai – kurz vor der Europawahl. Von Malmö bis München, Berlin bis Bukarest: In 50 Städten gingen Menschen auf die Straße. Sie protestierten, sangen, tanzten für ein **solidarisches Europa** und **gegen Nationalismus**. Allein in Deutschland waren 150.000 unterwegs. Die Wahlbeteiligung erreichte einen neuen Höchststand – ein tolles Zeichen!



Bewegt Europa! Eine Woche vor den Europawahlen gingen Menschen in 50 Städten gegen Nationalismus auf die Straße (Berlin, 19.5.)

Wie wichtig unser **Engagement gegen Hate Speech** ist, zeigte der erschütternde Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke. Er hatte sich für Geflüchtete eingesetzt – und war deshalb jahrelang rechtem Hass in den sozialen Medien ausgesetzt. Mit der ersten repräsentativen, bundesweiten Studie zu den Auswirkungen von Hass im Netz haben wir den Justizminister*innen Argumente und Motivation für ihren Einsatz gegen Hate Speech geliefert. Unser Erfolg: Immer mehr Bundesländer versprechen, aktiv gegen den Hass vorzugehen.

Das Bundesfinanzhof-Urteil zur Gemeinnützigkeit traf nicht nur Campact, sondern die ganze Zivilgesellschaft. Für viele Vereine ist es sogar existenzbedrohend. Wir starteten die Kampagne „**Zivilgesellschaft ist gemeinnützig**“ – und konnten bereits viel bewegen. Dank zahlreicher Gespräche mit Politiker*innen und unserer Arbeit in der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ kippten wir einen unausgegorenen Reformvorschlag von Finanzminister Olaf Scholz (SPD). Außerdem erfreulich: Vorerst soll keiner weiteren Organisation aufgrund des Attac-Urteils die Gemeinnützigkeit entzogen werden.

Gute Absichten wollte bestimmt auch Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) mit ihrem Tierwohl-Label zeigen. Doch die freiwillige Kennzeichnung hielt nichts von dem, was sie versprach. Mit einem Appell wandten wir uns an die SPD – und hatten Erfolg. SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch stellte sich hinter unsere Forderung für echten Tierschutz. **Klöckners Alibi-Label liegt momentan auf Eis.**

Verurteilt wegen Diebstahls – von ein paar Tomaten? So erging es den Studentinnen Caro und Franzl, die Lebensmittel aus einer Supermarkt-Mülltonne gerettet haben. Mit einer **Petition auf WeAct**, der Petitionsplattform von Campact, wehrten sie sich dagegen – und über 160.000 Menschen schlossen sich den beiden an. Mit WeAct gestalten die Unterstützer*innen unserer Bürgerbewegung Politik aktiv mit – und bringen mit ihren Ideen unsere gemeinsamen Ziele voran.

Ob Sie letztes Jahr mit uns demonstriert, einen Appell unterzeichnet, eine Petition gestartet oder Campact finanziell unterstützt haben: **Herzlichen Dank, dass wir auf Sie und Ihren Einsatz zählen können!**

Kampagnen im Einzelnen

Klimaschutz und Energiepolitik



Grüner Anstrich reicht nicht: Unsere Forderungen schafften es mit kreativen Bildern in die Medien (Berlin, 18.8.)

2019: Das Jahr der Klimabewegung

Hitzerekorde, Gletscherschmelze, Überflutungen: 2019 verschärfte sich die Klimakrise dramatisch. Aber 2019 war auch das Jahr der Klimabewegung. Ob Oma oder Kindergartenkind, Lehrer oder Unternehmerin, Familien oder Arbeitskolleg*innen: Millionen Menschen gingen mit Fridays for Future auf die Straße.

Unsere Klimakampagne begleitete uns das ganze Jahr. Wir feierten wichtige Erfolge – und der Protest der Campact-Unterstützer*innen machte Klimaschutz zum politischen Top-Thema.

Kohleausstieg: Wir streiten weiter

Anfang 2019: Endspurt der Kohlekommission. Diese Runde – berufen von der Bundesregierung, um einen Ausstiegsfahrplan auszuhandeln – hatten wir von Beginn an scharf im Blick. Wann immer die Kommission tagte, waren wir dabei.

So auch am 15. Januar: Campact-Aktive protestierten vor dem Kanzleramt. Mit Trommeln, Trillerpfeifen, Klingeln und Töpfen samt Kochlöffeln machten sie Lärm für unsere Forderung – **den schnellen und sozialverträglichen Kohleausstieg**. Am 25. Januar dann der Tag der Entscheidung: Die Kohlekommission stellte ihren Abschlussbericht vor. Über 10.000 Menschen waren vor Ort, darunter viele Schüler*innen. Mit selbstgemalten Schildern und Plakaten forderten sie das Ende der Kohle. Dieser kreative Protest sollte in den kommenden Monaten zum Markenzeichen der Fridays-for-Future-Bewegung werden.

Das Resultat der Kohlekommission jedoch: enttäuschend und viel zu zaghaft. Kohlekraftwerke sollen bis in das Jahr 2038 weiterlaufen. Wirklich abgeschaltet werden in den kommenden Jahren nur sehr wenige. Und während die Braunkohle-Bundesländer sich ganz konkret hohe Summen für den Strukturwandel festschreiben ließen, blieb beim Schutz des Klimas und der vom Kohleabbau betroffenen Dörfer und Wälder vieles vage.

Klimagerechtigkeit erfordert schnellen Ausstieg

Dabei ist schnelles und entschlossenes Handeln bitter nötig. Mitte März präsentierten wir eine Studie, die das NewClimate Institute um Prof. Dr. Niklas Höhne für Campact erstellt hatte. Eines der Ergebnisse: **Deutschland wird mit den jetzigen Klimazielen der Bundesregierung die 1,5-Grad-Grenze aus dem Pariser Klimaabkommen nicht einhalten.** Damit dies möglich ist und arme Länder überhaupt noch Möglichkeiten eigener Entwicklung haben, müssen wir bereits 2030 Klimaneutralität erreichen.

Wie passend, dass genau einen Tag nach Veröffentlichung Fridays for Future zum ersten globalen Klimastreik rief. Mit viel Wut im Bauch skandierten über 300.000 junge Menschen allein in Deutschland: „What do we want? – Climate Justice! When do we want it? – Now!“



Auf den Punkt gebracht: Kreative Sprüche und Plakate wurden zum Markenzeichen der Klimabewegung 2019 (Köln, 20.9.)

Immer im kritischen Blick: Das Klimakabinett

Ein Klimaschutzgesetz, welches das Pariser Abkommen umsetzt – das war unsere Forderung an das Klimakabinett der Großen Koalition. Von April bis September tagte es im Kanzleramt. **Bei jeder Sitzung direkt vor der Tür: Campact mit kreativen Protestaktionen.** Da saßen im April die Minister*innen mit riesigen Maskenköpfen ganz gemütlich an einer langen Tafel. Da lümmelte im Mai eine Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) aus Pappmaché faul auf einem Weltkugel-Sitzsack, statt das Klima zur Chefinnen-Sache zu machen. Und im August bemalten sich Angela Merkel (CDU), Olaf Scholz (SPD) und AKK gegenseitig mit grüner Farbe, um zu verdecken, wie dürftig ihre Klimapolitik tatsächlich ist.

Das Kohlerevier liegt still

Im Sommer nahm die Klimabewegung weiter Fahrt auf – und protestierte an einem der Tatorte der Klimakrise in Deutschland schlechthin: im rheinischen Kohlerevier. Als im Juni die UN-Klimakonferenz in Bonn tagte, kamen Zehntausende Klimaaktivist*innen ins Rheinland. In Aachen rief Fridays for Future zur Demonstration – und über 40.000 waren dabei.

Am nächsten Tag stiegen Tausende mutige Aktivist*innen mit dem Bündnis Ende Gelände in den Braunkohletagebau Garzweiler, um die Kohlebagger zu stoppen. **Wir organisierten eine Demo direkt an der Abbruchkante: Tausende solidarisierten sich mit der Aktion zivilen Ungehorsams.** Fast 48 Stunden rührte sich kein Bagger – das Kohlerevier lag still.

Klimapäckchen: Zurück zum Absender

Mit Spannung erwarteten wir den 20. September – den Tag, an dem das Klimakabinett seine Ergebnisse vorstellen sollte. Gleichzeitig war es der Tag des weltweiten Klimastreiks. In einem breiten Bündnis mit vielen Organisationen rief Campact dazu auf, mit Fridays for Future auf die Straße zu gehen. Alle Generationen in Hunderten Städten: **Unglaubliche 1,4 Millionen Menschen demonstrierten an diesem Freitag für das Klima.** Ein Rekord in Deutschland.

Die Fassungslosigkeit, als während der riesigen Kundgebungen der von der Regierung vorgeschlagene CO₂-Preis in Höhe von 10 Euro pro Tonne bekannt wurde, hallt immer noch nach. Aber wir ließen die Große Koalition spüren, dass sie damit nicht durchkommen würde. Deswegen standen auch am 9. Oktober Campact-Unterstützer*innen und andere Klimaaktivist*innen vor dem Kanzleramt. Drinnen beschloss das GroKo-Kabinett seine Klimastrategie, draußen filmte die Tagesschau ein großes Silbertablett. **Darauf zu sehen: Ein winziges Klimapäckchen, präsentiert von unseren Pappmaché-Figuren Merkel und Scholz.** Auch bei allen folgenden Schritten – den Lesungen im Bundestag, den Beratungen im Bundesrat – haben wir mit Protestaktionen wirksamen Klimaschutz gefordert.



Ohne den engagierten Bürgerprotest hätte es die CO₂-Steuer wohl zum Schleuderpreis gegeben (Berlin, 8.11.)

Nach dem Beschluss des Klimakabinetts unterzeichneten über Zweihunderttausend Menschen ein Klima-Ultimatum, das wir gemeinsam mit Umweltverbänden stellten. **Die Forderung: Die Regierung muss beim Klimaschutz massiv nachbessern.** Konkret gehörte ein höherer CO₂-Preis dazu, ein stärkerer Ausbau der Erneuerbaren und die Abschaffung der Steuervorteile für Klimakiller wie Diesel und Kerosin. Die Frist: Der 29. November – Datum des nächsten großen Klimastreiks.

Schmuddeliges, nasses Novemberwetter – und die Frage: Können wir das Momentum aufrechterhalten? Tatsächlich: **Auch diesmal gingen Hunderttausende Menschen auf die Straße.** Wie schon beim letzten Klimastreik im September konnte die Demokratie-Stiftung Campact Fridays for Future bei der Mobilisierung unterstützen – dank der großzügigen Spenden von 249 Campact-Unterstützer*innen. Über 600.000 Menschen bewiesen an diesem Freitag: Diese Klimabewegung ist keine Eintagsfliege – und sie wird nicht locker lassen, bis sie ihre Ziele erreicht hat.

Klimaschutz – oder raus aus der GroKo!

Das Klima-Ultimatum ließ die GroKo verstreichen. Und für uns wurde immer klarer: **Diese Regierung soll nur weiter arbeiten, wenn sie beim Klimaschutz ernst macht.** Unser Plan: Die SPD überall mit ihrem Versagen beim Klimaschutz konfrontieren.

Gelegenheit dazu hatten wir im Herbst bei den Regionalkonferenzen zum Mitgliederentscheid um den SPD-Parteivorsitz. Große Papp-Kegel mit den aufgedruckten Gesichtern der Kandidat*innen warteten auf die Teilnehmenden. Compact-Aktive verteilten Notizblöcke gespickt mit klimapolitischen Zitaten von Genoss*innen, die deutlich mehr Einsatz für den Klimaschutz versprochen, als sie bisher in der Realität gezeigt hatten.

Am 6. Dezember, dem Tag der offiziellen Wahl der neuen Vorsitzenden, gelang uns ein besonderer Coup. Direkt gegenüber dem Parteitagsgebäude konnten wir ein 80 Meter breites Banner anbringen. Darauf war zu lesen: „**SPD: Klima schützen oder raus aus der GroKo!**“ Tatsächlich sah es dann etwas nach Aufbruch aus – das neue Führungsduo Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans versprach einen neuen Kurs. Die Bilanz bisher allerdings: mau.

Eines aber hat uns die Klimabewegung 2019 gezeigt: Sie ist groß, sie ist zäh, sie ist mutig. Keine Regierung kommt mehr an ihr vorbei. Klar also, dass wir 2020 weitermachen. Und zwar gemeinsam mit einer Klimabewegung, die so stark ist wie nie zuvor.

Unsere Forderung auf 80 Metern –
unübersehbar für den SPD-Parteitag
(Berlin, 6.12.)





Im Einsatz gegen Spritschlucker: Über 170.000 Menschen unterzeichneten die Petition an Verkehrsminister Scheuer (Berlin, 21.3.)

Spritschlucker

„Sternfahrt von Radlern gegen die IAA“ (Hessenschau), „Fahrrad-Korsos auf gesperrten Autobahnen: Massiver Protest für Verkehrswende zur IAA“ (ZDF), „Rund 20.000 Demonstranten! Verkehrsbehinderungen wegen Mega-Demo zur IAA in Frankfurt“ (Tag24): Das waren die Schlagzeilen zum Start der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) am 14. September. **Die spektakulären Proteste nahmen dem Medienspektakel IAA den Glanz** – und waren der Höhepunkt unserer Kampagne gegen SUV-Spritschlucker, die schon Anfang des Jahres startete.

Im Februar unterzeichneten über 170.000 Menschen unseren Appell an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU). Denn die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich stagnieren trotz technischen Fortschritts seit Jahren – weil die Regierung nichts gegen den Trend zu immer größeren Geländewagen unternimmt. Egal ob Tempolimit oder CO₂-Grenzwerte: **Verkehrsminister Scheuer steht der Autolobby verlässlich zur Seite.**

Als sich im März eine von ihm eingesetzte Verkehrskommission trifft, bringen wir unseren Protest bildhaft zum Ausdruck: Ein Geländewagen rammt vor dem Verkehrsministerium eine Weltkugel. Am Steuer: Andreas Scheuer, dargestellt mit einem großen Pappkopf. Und als im Juni die Bundesregierung im Kanzleramt zum Autogipfel lud, zeigten wir draußen mit Dutzenden Fahrradfahrer*innen, wie klimafreundliche Verkehrswende geht.

#aussteigen

Die Verkehrskampagne lief gut – und wir schmiedeten das #aussteigen-Bündnis zur IAA. Die Auto-messe ist der Branchenhöhepunkt des Jahres. Hier feiert sich die Automobilindustrie für dicke Geländewagen, Nobelkarossen und jedes unnötige PS. Daimler, BMW und Co. wollten ihre neuesten Sprintschlucker präsentieren – **doch unser Protest vermieste ihnen die PS-Party.**

Demos, Sternfahrten, friedliche Blockaden: All das machte die Medien schon im Vorfeld auf unseren Protest neugierig. Und der Verband der Automobilindustrie (VDA) wurde nervös: Er lud Vertreter*innen unseres Bündnisses zum öffentlichen Streitgespräch. Für Campact diskutierte Kampagnen-Teamleiterin Luise Neumann-Cosel – und forderte die klimafreundliche Verkehrswende. **„Deutschlands Automanager haben Angst vor Umweltschützern“**, schrieb die Süddeutsche Zeitung am Tag danach.

Verkehrswende jetzt!

Am 14. September machten sich Zehntausende Menschen auf den Weg nach Frankfurt. Die ersten Radfahrer*innen starteten schon um Mitternacht im fernen Stuttgart – den ganzen Tag über schlossen sich 18.000 Radler*innen aus mehr als 100 weiteren Startpunkten an. Tausende Menschen zogen mit uns bei der Demo aus der Frankfurter Innenstadt bis vor die Messe. Und am Sonntag, den 15. September, blockierten rund 1.000 mutige Aktivist*innen des Aktionsbündnisses Sand im Getriebe die Eingänge der IAA.

Die bundesweite und internationale Berichterstattung war überwältigend – und weitgehend positiv. Der IAA liefen die Besucher*innen weg und noch während der Messe trat VDA-Präsident Bernhard Mattes frustriert zurück. Am Ende waren sich alle einig: Das war die letzte IAA in Frankfurt.

Dank unserer gemeinsamen Proteste wurde die IAA zum PR-Desaster für die Autolobby – und zum Startsignal einer großen Verkehrswendebewegung. Inzwischen ist klar: Die nächste IAA soll 2021 in München stattfinden – wir stehen schon in den Startlöchern.

Windenergie

Das Klimapaket der Bundesregierung: eine einzige Enttäuschung. Aber es sollte noch schlimmer kommen. Im November tauchte ein Gesetzesentwurf von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) auf: Die im Paket vereinbarten 1.000 Meter Mindestabstand zu Windrädern sollen schon für kleinste Gebäudeansammlungen gelten. Im dicht besiedelten Deutschland würden damit kaum noch Flächen für neue Anlagen bleiben. Für den dringend benötigten Windenergie-Ausbau der endgültige Todesstoß.

Wir handelten – und starteten mit der Deutschen Umwelthilfe einen Appell. Die Forderung: Altmaier muss seinen Vorschlag zurücknehmen und die 1.000-Meter-Regel abschaffen. Noch im November übergaben wir über 130.000 Unterschriften an Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) in Berlin. Sie versicherte uns: Der Altmaier-Vorschlag sei mit ihr nicht zu machen – die 1.000 Meter aber seien Konsens in der Koalition.

Das hat sich mittlerweile geändert. Über 150.000 Unterzeichner*innen und der Protest der norddeutschen Bundesländer brachten die Bundesregierung zum Umdenken. Die Abstandsregel fand schließlich kaum noch Unterstützung – und die GroKo lenkte ein. Es wird keinen verpflichtenden Abstand von 1.000 Metern zwischen Windrädern und Siedlungen geben. Ein toller Erfolg – jetzt gilt es dranzubleiben, damit die Bundesländer den Ausbau der Windkraft voranbringen.

Wir finden Gehör bei SPD-Umweltministerin Svenja Schulze: Sie will sich für die Windkraft einsetzen (Berlin, 28.11.)



Ökologische Agrarpolitik



Glyphosat und Bienengifte

Monsanto, Syngenta und Co.: Anfang des Jahres boten wir den Chemie-Giganten die Stirn. Im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) warten zig glyphosathaltige Pestizide auf ihre Zulassung. Und wir fragten uns schon 2018: **Was steht in den Zulassungsanträgen?** Welche Nebenwirkungen sind den Herstellern zu ihren Spritzmitteln bekannt? Darum forderten wir vom BVL die Veröffentlichung der Studien und beriefen uns dabei auf das Umweltinformationsgesetz – denn das öffentliche Interesse zählt hier mehr als die Geschäftsgeheimnisse der Konzerne.

Antrag, Ablehnung, Einspruch, erneute Ablehnung – im Februar entschieden wir uns schließlich zur Klage. Danach meldete das Bundesamt, die Informationen nun doch herausgeben zu wollen – gesehen haben wir bisher aber nichts. Unsere Anwältin forderte das Gericht schließlich auf, dem Beklagten eine Frist zu setzen. **Hartnäckigkeit, die sich gelohnt hat: Seit Juli 2020 können wir die Akten einsehen.** Jetzt haben wir endlich die Chance herauszufinden, ob es einen Grund für die Geheimniskrämerei gab.

Währenddessen lässt Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) 18 neue Ackergifte zu – allesamt Bienen-Killer. Dabei übergeht sie das Veto von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD). Das wollten wir ihr nicht durchgehen lassen. Im Februar starteten wir einen Appell: **Kein Rechtsbruch für Bienengift!** 470.000 Campact-Aktive stellten sich hinter unsere Forderung.

Klöckners ungewollte Plakat-Kampagne

Darüber sprach (nicht nur) ganz Bad Kreuznach: Dank der Spenden unserer Unterstützer*innen konnten wir im Mai zwei Wochen lang alle verfügbaren Plakatflächen in Klöckners Wahlkreis in Rheinland-Pfalz buchen. Die riesigen Plakate waren echte Hingucker: „Was der Biene schadet, muss vom Markt“ versprach Klöckner auf ihnen – während sie Bienen mit einer Pestizidflasche vergiftete. Das brachte die Agrarministerin in Erklärungsnot: Warum hat sie die neuen Bienengifte zugelassen – obwohl sie im April 2018 vor dem Bundestag ankündigte, alles für den Bienenchutz zu tun?

Auf Julia Klöckner wollten viele Campact-Unterstützer*innen nicht mehr warten – und wurden selbst aktiv. Wir verschickten Zehntausende Saatkugeln an Bienenfreund*innen, damit ganz Deutschland blüht – und die Wildbienen Nahrung finden. Die Resonanz war überwältigend: Nach nicht einmal 48 Stunden waren alle Saatkugeln weg.

Volksbegehren für die Biene

Bienenchutz und Artenvielfalt selbst in die Hand nehmen, das dachten sich auch andere: So wurde 2019 zum Jahr der Bienen-Volksbegehren. Ob Bayern, Brandenburg oder Baden-Württemberg – Campact war mit dabei! Neben finanzieller Unterstützung schrieben wir E-Mails an Aktive aus den jeweiligen Bundesländern mit der Bitte, die Initiativen zu unterzeichnen. Bayern erlebte sogar das erfolgreichste Volksbegehren seiner Geschichte – 1,7 Millionen Unterschriften wurden gesammelt und die Forderungen der Initiative schafften es ohne Abschwächung ins Gesetz. **So geht erfolgreicher Bienenchutz!**



Oink, Muh und Kikeriki: Beim Aufstand der Tiere forderten wir echtes Tierwohl statt Etikettenschwindel (Berlin, 21.10.)

Tierwohl

Wer die Schlagzeilen im September überflog, freute sich möglicherweise zu früh: Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) brachte ihr staatliches Tierwohl-Label durchs Bundeskabinett. Doch schnell wurde klar: Klöckners Plan, Fleisch im Supermarkt mit drei Stufen zu kennzeichnen, hatte mit echtem Tierschutz nur wenig zu tun. Die Kriterien sind viel zu lasch – zudem ist die Kennzeichnung freiwillig und gilt nur für Schweinefleisch.

Echtes Tierwohl statt Etikettenschwindel – unserem Eil-Appell schlossen sich schnell über 200.000 Menschen an. Und auch die SPD-Bundestagsfraktion konnten wir für unser Anliegen gewinnen. Bei einem „Aufstand der Tiere“ überreichten wir verkleidet als Kühe, Schweine und Hühner die Unterschriften vor dem Brandenburger Tor an den SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch. Er versprach: Die SPD wird Klöckners Alibi-Label im Parlament nicht zustimmen.

Unser Protest: erfolgreich. Der Gesetzentwurf liegt im Bundestag auf Eis. Die SPD-Fraktion wehrt sich nach wie vor gegen ein freiwilliges Label, genau wie in unserem Appell gefordert. Dabei plante Julia Klöckner, dass schon ab Anfang 2020 in Supermärkten Produkte mit ihrem Schein-Label verkauft werden. Wir bleiben dran – bis eine Kennzeichnung eingeführt wird, die echtes Tierwohl sicherstellt!

„Wir haben es satt“

Hunderte Traktoren rollen vor das Brandenburger Tor. Kalte Januarluft, strahlender Sonnenschein. Menschen in bunten Tierkostümen hüpfen zu Musik auf und ab. Immer mehr strömen auf den Platz – Bäuer*innen, Familien, Jugendgruppen, Imker*innen. Schließlich setzt sich ein Zug aus **35.000 Demonstrant*innen** in Bewegung und flutet das Berliner Regierungsviertel. Lautstark und gut gelaunt fordern sie die Agrarwende.

Die „Wir haben es satt“-Demo am 19. Januar fand genau zum richtigen Zeitpunkt statt. Denn am gleichen Tag trafen sich in Berlin die EU-Agrarminister*innen, um über die Zukunft der Landwirtschaft zu beraten. Wir zogen mit unserer Demo in Hörweite an ihnen vorbei und forderten: Naturnahe Landwirtschaft belohnen! Bienen retten! Tierquälerei stoppen!

Die Mobilisierung für die Demo stemmten wir in einem Bündnis mit über 100 Organisationen. Die Vorbereitungen liefen über Monate – und die Arbeit zahlte sich aus: Die Bilder der Demo schafften es in alle Nachrichtensendungen und großen Zeitungen. Unsere Forderungen bestimmten die Kommentare und Berichte. Für deren Umsetzung streiten wir weiter: Wir brauchen eine solidarische, nachhaltige und klimafreundliche Landwirtschaft.



Käfer bedroht, Biene tot: Bei der „Wir haben es satt“-Demo trotzten wir den eisigen Temperaturen (Berlin, 19.1.)

Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus



Hass im Netz bringt Menschen zum Schweigen – und gefährdet unsere Meinungsvielfalt (Berlin, 7.11.)

Hate Speech

Juni 2019: Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) wird vor seinem Haus ermordet. Der Tatverdächtige: Ein Rechtsextremist. Vor der Tat war Lübcke jahrelang Zielscheibe von rechtem Hass im Netz. Die grausame Tat zeigte: **Wenn sich Menschen von Hass und Hetze im Internet aufstacheln lassen, sind im schlimmsten Fall Menschenleben in Gefahr.**

Dem treten wir entschieden entgegen: Mit unserer Kampagne gegen Hate Speech konnten wir schon 2018 Erfolge feiern. Etwa als das Land Hessen unsere Forderungen nach stärkerem Opferschutz und konsequenter Strafverfolgung mit in den Koalitionsvertrag aufnahm. **Auch 2019 stellten wir uns gegen Hass im Netz – mit Fakten, Argumenten und starken Partner*innen.**

Gemeinsam mit dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft und anderen Partnerorganisationen veröffentlichten wir die erste bundesweit repräsentative Studie zu Hass im Netz. Sie zeigt, wie viele Menschen dem Hass ausgesetzt sind – und wie die Hetze unsere Demokratie bedroht: Über die Hälfte

der Befragten zieht sich aus Angst vor Hass aus Online-Debatten zurück. Wenn immer mehr Menschen schweigen, ist das eine Gefahr für die Meinungsvielfalt.

Die erschreckenden Zahlen sind für uns aber kein Grund, entmutigt zu sein – im Gegenteil. Wir treten dem Hass weiter entschieden entgegen: In direkten Gesprächen klären wir Landespolitiker*innen auf und fordern Maßnahmen, um die Betroffenen von organisiertem Hass zu schützen und die Täter*innen konsequent zu verfolgen. Zweimal brachten wir unsere Botschaft sogar direkt zu den Justizminister*innen. Bei ihren halbjährlichen Konferenzen empfingen wir sie mit zahlreichen Aktiven und einer klaren Botschaft: **Hass ist keine Meinung!** Er ist in vielen Fällen strafbar – und muss auch im Netz so verfolgt werden.

Diese Worte scheinen bei den Minister*innen anzukommen: Immer mehr Bundesländer fordern ein stärkeres Vorgehen gegen den Hass und diskutieren über konkrete Maßnahmen.

Zivilgesellschaft ist gemeinnützig

Eine Entscheidung gegen die kritische Zivilgesellschaft: Nach Attac wurde im Oktober auch Campact e.V. die Gemeinnützigkeit entzogen – die Folge eines Urteils des Bundesfinanzhofes. **Politisches Engagement fördern, politische Beteiligung organisieren – das sei nicht gemeinnützig.** Dabei lebt die Demokratie davon, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Argumenten Gehör verschaffen können. Bisher war das nicht nur finanzstarken Konzernen und ihren Verbänden, sondern auch gemeinnützigen Vereinen möglich. Das Urteil: ein Angriff auf unsere bunte, vielfältige Demokratie.

Mehr als 295.000 Menschen sahen das genauso und unterschrieben deshalb unseren Appell an Finanzminister Olaf Scholz (SPD) für eine moderne Form des Gemeinnützigkeitsrechts. Und tatsächlich: Unsere Bürgerbewegung konnte einen ersten Erfolg erringen! Scholz stoppte seine Reformpläne, um sie noch einmal zu überarbeiten.

Diese Pläne sahen unter anderem vor, dass Vereine selbst zu ihren gemeinnützigen Zwecken nur weit im Hintergrund politisch aktiv sein dürften – und zu anderen Themen gar nicht. Das hätte viele Vereine gezwungen, ihre politische Arbeit einzustellen oder auf den Status der Gemeinnützigkeit zu verzichten. Das Bundesfinanzministerium hat zugesichert, einen neuen Entwurf vorzulegen: **Der soll gemeinnützigen Vereinen politisches Engagement ermöglichen.** Damit das auch wirklich passiert, streiten wir weiterhin als Teil der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“.

Europawahl

Matteo Salvini, Viktor Orbán, Marine Le Pen – vor der Europawahl am 26. Mai witterten Europas Rechtspopulist*innen ihre große Chance. Sie wollten mit weit mehr Abgeordneten als bisher ins Europa-parlament einziehen – und es von innen zerstören. Ihr perfider Plan: Brüssel und Straßburg als Platt-form nutzen, um gegen Minderheiten zu hetzen und das Klima der offenen Gesellschaft zu vergiften.

Aber: Wir stellten uns ihnen entgegen – mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis. Denn ob-wohl auch wir immer wieder die europäische Politik kritisieren: Wir stehen für ein vereintes Europa, das wir nicht den Nationalist*innen überlassen wollen. Dafür machten wir den 19. Mai zu einem bunten Tag der europäischen Zivilgesellschaft. In Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart demonstrierten eine Woche vor der Wahl 150.000 Menschen bunt und friedlich für ein anderes Europa: sozial, ökologisch, tolerant und solidarisch.

Und damit nicht genug: Mit unseren internationalen Partner*innen trugen wir die gemeinsamen Forde-rungen quer über den Kontinent. Unter dem Motto „No to Hate, Yes to Change“ gingen in über 50 Städten in 14 Ländern Hunderttausende auf die Straße. Auch auf Social Media waren wir aktiv: Über die Foto- und Videoplattform Instagram begleiteten wir die Europademo in Hamburg live – und konnten so



Demo – und dann Freude: Die Beteiligung bei den Europawahlen war so hoch wie nie (Berlin, 19.5.)

vor allem junge Menschen ansprechen. Außerdem erstellten wir Material, mit dem die Nutzer*innen selbst für die Europawahl mobilisieren konnten. Diese sogenannten Sticker wurden insgesamt 1,8 Millionen Mal benutzt – so konnte wirklich niemand vergessen, wählen zu gehen.

Und tatsächlich: **Die Wahlbeteiligung erreichte einen neuen Höchststand.** 61,5 Prozent der Bundesbürger*innen gaben ihre Stimme ab – fünf Jahre zuvor waren es nicht einmal 50 Prozent. Mehr Menschen als je zuvor stimmten für ein Europa, das das Klima schützt, Menschenrechte achtet und Solidarität lebt. Jetzt ist die EU dran – sie muss den Ansprüchen ihrer Bürger*innen gerecht werden. Denn eins ist sicher: Wir werden uns auch weiterhin für ein geeintes und progressives Europa einsetzen.

Landtagswahlen in Ostdeutschland

Brandenburg, Thüringen, Sachsen – in gleich drei ostdeutschen Bundesländern wurde im Herbst gewählt. Und in allen drei Ländern drohte die AfD, ihre Hetze bis in die Regierung zu tragen. Für uns war klar: **Der rechten Hetze und den antidemokratischen Ansichten der AfD wollten wir etwas entgegensetzen.** Unser Plan: Progressive Wähler*innen dazu bewegen, ihre Stimme auf jeden Fall abzugeben.

Dafür setzten wir auf Social Media. Denn die AfD ist längst nicht mehr auf Fernsehen, Zeitung oder Radio angewiesen, um ihre hetzerischen Botschaften zu verbreiten. Es zählen nun Facebook, Twitter und Instagram. Das Gute ist: Auch wir sind dort besonders stark. **596.000 progressive Menschen folgen uns bei Facebook, 148.000 bei Twitter.** Ihnen wollten wir Mut machen, sich zu wehren statt sich zurückzuziehen.

In einem Video mit engagierten Wähler*innen zeigten wir, wie bunt und vielfältig die Zivilgesellschaft in Sachsen wirklich ist. In einem weiteren Video verglichen wir die Aussagen von Björn Höcke (AfD) mit Zitaten von Adolf Hitler. Das schockierende Ergebnis: Sie sind sich zum Verwechseln ähnlich. Kurz vor den Wahlen erstellten wir zudem bunte Gifs und Sticker für Instagram – schon bei den Europawahlen kamen die sehr gut bei den Nutzer*innen an. **Die Wähler*innen konnten sich so gegenseitig an die Landtagswahlen erinnern** – unsere kleinen blinkenden Wahlhelfer wurden tausendfach geteilt und verbreitet.

Zur Thüringen-Wahl probierten wir etwas Neues aus und verschafften den Stimmen der Wähler*innen Gehör. Die Idee: Thüringer Bürger*innen erzählen in kurzen Videos, warum sie zur Wahl gehen. Das Projekt lief schleppend an – trotzdem nahmen wir wertvolle Erkenntnisse und Anregungen mit und machen 2020 mit neuen Videoaktionen weiter.

Nicht nur im Netz zeigten wir Präsenz. Mit dem #unteilbar-Bündnis unterstützten wir Demonstrationen für Vielfalt und Toleranz in Sachsen. **40.000 Menschen zogen mit uns Ende August quer durch Dresden** – die größte Demo, die Sachsen seit der Wende gesehen hat.

Dresden ist bunt – das bewiesen 40.000 Menschen bei der #unteilbar-Demo vor den Landtagswahlen in Sachsen (Dresden, 24.8.)



Trotz all unserer Mühen: Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg waren ernüchternd – ein erschreckender Rechtsruck. Darum starteten wir einen Spendenaufruf für Initiativen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus engagieren. Mit 60.000 Euro konnten wir ihre wichtige Arbeit so unterstützen. Ein starkes Signal für die Arbeit gegen Rechts – denn eine bunte und mutige Zivilgesellschaft darf Rassist*innen nicht die Deutungshoheit überlassen.

Respekt-Plakate

Ein Schild am Frankfurter Rathaus machte die AfD wütend. „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ steht dort – seit mittlerweile fünf Jahren. Im Dezember aber drohte die AfD mit einer Klage: Wenn Rassismus kritisiert wird, fühlt die Partei sich offenbar angesprochen. Die AfD warf der Stadt vor, sie verstoße gegen ihre Pflicht zur parteipolitischen Neutralität. Dabei hält sich Frankfurt nur an das Grundgesetz – denn Rassismus ist verfassungswidrig.

Wir stellten uns hinter die gleichnamige Initiative und bedruckten weitere Plakate und Aufkleber mit ihrem Slogan. So drehten wir die Sache einfach um: Es gab nicht ein Plakat weniger, sondern Tausende

mehr. Ob im Kindergarten, im Gemeindehaus oder in der Schule – überall wurde die Botschaft für Respekt und gegen Rassismus plakatiert.

Gemeinsam mit über 30.000 Unterstützer*innen setzten wir ein Zeichen für Respekt und Menschlichkeit. Wir stoppten den Versuch der AfD, den gesellschaftlichen Konsens gegen Rassismus zu zerstören. **Denn gegenseitiger Respekt hat nichts mit Herkunft oder Hautfarbe zu tun, sondern gehört zu den Grundsätzen einer freiheitlichen Gesellschaft.**

Unterstützer*innen, die ein Plakat bestellten, baten wir um eine Spende – in erster Linie, um die Kosten für Versand und Druck zu decken. Alle darüber hinausgehenden Spenden werden wir an Organisationen weitergeben, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren. Das schöne Ergebnis: bis Februar 2020 kamen so über 90.000 Euro zusammen.

Seenotrettung

Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete rettete Menschen auf See und brachte sie in den sicheren Hafen von Lampedusa – gegen den Willen der italienischen Regierung. Dafür wurde sie festgenommen. Zwar kam die mutige Kapitänin nach einigen Tagen wieder frei, aber eine politische Lösung gegen das Sterben im Mittelmeer fehlt weiterhin.

Mit einem Appell richteten wir uns direkt an die Bundesregierung und forderten Deutschland auf, sich in der Europäischen Union gegen das Sterben auf See zu engagieren. Mehr als 200.000 Campact-Aktive unterstützen die Forderung nach einer europäischen Rettungsmission und sicheren Fluchtwegen.

Doch die Politik hört weg, die Staaten Europas schieben sich die Verantwortung hin und her. Campact unterstützt deshalb die zivilgesellschaftliche Rettungsmission United4Rescue, die nun selbst ein Schiff ins Mittelmeer schickt, um Leben zu retten. **Solange die Politik versagt, ist Seenotrettung unsere humanitäre Pflicht – denn Menschen lässt man nicht ertrinken.**

Faire Handelspolitik

Mercosur

Im August verdunkelte sich der Himmel über São Paulo. Dicke Rauchschwaden machten den Tag zur Nacht. Der Grund: **Brasiliens Regenwald stand in Flammen**. Hunderte Quadratkilometer Tropenwald brannten im Amazonas-Becken. Befeuert wurden die Flammen durch die extreme Dürre der letzten Monate. Doch das Feuer gelegt hatten Menschen: Landarbeiter*innen setzten Bäume in Brand, um Weideland zu schaffen.

Die Brandrodungen sind ganz im Sinne des ultrarechten Präsidenten Jair Bolsonaro. Er will Rindfleisch zum Exportschlager in Europa machen. Für größere Rinderherden und mehr Soja-Anbau vernichtet er den größten Regenwald unseres Planeten. Eine Katastrophe für die Artenvielfalt und das Weltklima. **Und die EU? Vereinbarte ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten**, das den Kahlschlag des Urwalds noch beschleunigt – indem es billiges Rindfleisch nach Europa lässt.

Wir starteten einen Appell, hinter dem sich inzwischen über 500.000 Campact-Unterstützer*innen versammelten. Unsere Forderung an die Bundesregierung: Das Mercosur-Abkommen darf es nur mit rechtsverbindlichen Schutzklauseln für Regenwald und Klima geben!

Mit einer Anzeige in der Süddeutschen Zeitung forderten wir von den neuen SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, dem EU-Mercosur-Vertrag ohne die Schutzklauseln nicht zuzustimmen – denn ohne die Stimmen der SPD müsste sich die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union enthalten. Auch in anderen EU-Ländern regt sich Widerstand: Frankreich, Österreich, Irland, Luxemburg und die Niederlande kündigten an, dem Vertrag in seiner jetzigen Form nicht zuzustimmen. **Das Abkommen müsste dann wahrscheinlich nachverhandelt werden – eine große Chance für den Umweltschutz!** Wir verfolgen die Verhandlungen weiter und schreiten ein, wenn es nötig ist.

Konzernklagen

Gleiches Recht für alle? **Nicht für Großkonzerne**. Für sie gelten absurde Sonderregelungen: Sie können Staaten vor privaten Schiedsgerichten verklagen, wenn diese ihre Interessen durch politische Entscheidungen beeinträchtigen – und fordern dabei Milliarden an Steuergeldern.

Diese Sonderklagerechte sind in 3.200 Handelsabkommen verankert. Oft genügt es, dass Konzerne ihre Gewinne bedroht sehen – schon wird geklagt. So macht es zum Beispiel gerade Vattenfall: Der Energie-Konzern verklagt Deutschland wegen des Atomausstiegs. **Diese Ungerechtigkeit soll endlich ein Ende finden.**

Deshalb beteiligten wir uns an einer Aktion mit dem Netzwerk Gerechter Welthandel. Das europaweite Bündnis vereint über 200 Handels-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie Gewerkschaften – Compact ist auch mit dabei. Zwölf Monate lang sammelten wir in ganz Europa Unterschriften. **Insgesamt verlangten 836.964 Menschen, dass der Gier von Konzernen endlich Grenzen gesetzt werden.**

Ein starkes Zeichen – und eine klare Handlungsaufforderung an die EU. Deren Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat es von nun an in der Hand: Wie wird sie die Handelspolitik der EU gestalten? Wir sehen genau hin – und bleiben dran.

Trainingslager der Demokratie-Stiftung Compact

Sie sind jung, sie sind wütend – und sie sind viele: **Mit Fridays for Future gingen 2019 Hunderttausende Schüler*innen auf die Straße.** Ihre Kraft und ihr Engagement zu sehen – das gibt Hoffnung. Wir fragten uns: Wie können wir diese Bewegung unterstützen und etwas schaffen, das dauerhaft bleibt?

Eine unserer Antworten: **Im August luden wir Aktive zu einem Trainingslager nach Verden ein.** Denn aus 15 Jahren Kampagnenarbeit wissen wir: Politik zu bewegen ist nicht nur eine Einstellung, sondern auch ein Handwerk.

Zehn Tage lang waren dreißig engagierte Menschen unter dreißig Jahren bei uns. **Sie lernten, wie sie ihre Kampagnen noch größer, ihre Strategien noch wirksamer, ihre Aktionen noch bunter machen.** Sie erfuhren von erfahrenen Compact-Kolleg*innen, wie man Demonstrationen organisiert, möglichst viele Menschen erreicht und noch vieles mehr.

Planspiel statt Protestaktion – das war neu für uns. Doch das Experiment, als erstes Projekt finanziert von der Demokratie-Stiftung Compact, ist gelungen. Compact als Trainer – das hat nicht nur den Aktiven, sondern auch uns viel Spaß gemacht. Wir denken weiter darüber nach, wie wir unsere Erfahrung mit der Bewegung teilen und noch mehr Engagierte trainieren können.

Compact-Pressesprecherin Svenja Koch bringt jungen Aktivist*innen bei, wie sie ihre Anliegen wirksam an die Medien richten (Verden, 3.9.)



WeAct

Mit WeAct Politik bewegen

Mit der Petitionsplattform WeAct hat Campact online einen Ort geschaffen, an dem Bürger*innen für eine sozial-gerechte, ökologische und offene Gesellschaft streiten. **Bis Ende 2019 haben Menschen aus ganz Deutschland mehr als 4.100 Petitionen auf WeAct eingestellt und mehr als 7,3 Millionen Unterschriften gesammelt.** Das zeigt: Unsere Demokratie ist lebendig – viele Menschen wollen sie mitgestalten!

WeAct lädt dazu ein, sich einzumischen. Dazu stellt Campact nicht nur die technischen Mittel zur Verfügung, sondern auch die geballte Kraft der Campact-Bewegung: Unser fünfköpfiges Team berät beim Schreiben von Petitionen, bei der Kampagnenstrategie und wenn es darum geht, Entscheidungsträger*innen mit politischen Forderungen zu konfrontieren. Unterstützt werden die WeAct-Kampagnen außerdem von den vielen Menschen, die Petitionen unterzeichnen und sich an Online- und Offline-Aktionen beteiligen.

WeAct ist wie Campact – nur zum Selbermachen! Bei WeAct stehen die Petent*innen und ihre Anliegen im Zentrum: Zwei Aktivistinnen, die angeklagt wurden, weil sie Essen aus dem Müll retten – und sich jetzt gegen Lebensmittelverschwendung engagieren. Ein Bürger, der nicht hinnehmen will, dass der Faschist Björn Höcke (AfD) Beamter bleibt. Mit WeAct bekommen sie alle eine Stimme. **Sie können ihre Anliegen vertreten und so gemeinsam mit Campact Politik bewegen.**

Containern

Ein paar Tomaten, Äpfel, ein Fruchtojoghurt – weil die Studentinnen Caro und Franzl Lebensmittel aus einer Supermarkt-Mülltonne gerettet haben, wurden sie wegen Diebstahls verurteilt. Dass Supermärkte aber tonnenweise genießbare Lebensmittel wegwerfen – völlig legal. Seitdem engagieren Caro und Franzl sich gegen Lebensmittelverschwendung: „Wir wollten nicht länger zuschauen, wie unsere Lebensgrundlage zerstört wird. Wir wollen etwas verändern!“ Sie starteten eine Petition auf WeAct, der Petitionsplattform von Campact. Ihr Ziel: **Wer weggeworfene Lebensmittel rettet, darf nicht länger bestraft werden.**

Mittlerweile haben sie mit ihrer Petition mehr als 160.000 Unterschriften gesammelt. Im Juni 2019 reisten Caro und Franzl aus Bayern bis nach Travemünde zur Justizministerkonferenz der Länder. Dort überreichten sie der Vorsitzenden Sabine Sütterlin-Waack (CDU) die Unterschriften – und eine gerettete Brezel, die noch so gut war, dass die Ministerin direkt hinein biss. Trotzdem konnten die Justizminister*innen sich nicht dazu durchringen, das Containern aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Der politische Prozess stockt, doch Caro und Franzl geben nicht auf.

WeAct hilft ihnen dabei, das Thema in den Medien und sozialen Netzwerken weiter groß zu halten. Mit der Unterstützung von WeAct und der Deutschen Gesellschaft für Freiheitsrechte haben die Studentinnen in Karlsruhe Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Spätestens 2021 will das Gericht sich mit dem Fall befassen. Für Caro und Franzl ist klar: „Ohne unsere vielen Unterstützer*innen auf WeAct wäre das nicht möglich gewesen.“



Die Brezel gibt's dazu: Die WeAct-Petentinnen Franzl und Caro konnten über Hunderttausend Unterschriften überreichen (Travemünde, 5.6.)

Höcke

Björn Höcke, Fraktionschef der AfD in Thüringen, hetzt seit Jahren gegen Geflüchtete, gegen die kritische Zivilgesellschaft und die Demokratie. Ein Gericht urteilte darum im September 2019: **Dieser Mann darf aus guten Gründen als „Faschist“ bezeichnet werden.** Doch Höcke ist eigentlich verbeamteter Geschichtslehrer. Ein Faschist als Beamter? Das darf nicht sein, sagte sich der überzeugte Demokrat Ulf Berner – und startete eine Petition bei WeAct.

Die Forderung: Höckes Dienstherr, das Land Hessen, solle ein Disziplinarverfahren eröffnen und Höcke aus dem Beamtenverhältnis entlassen. **Innerhalb weniger Tage unterzeichneten Zehntausende Menschen die Petition.** Und bereits Ende Oktober gab es eine Gelegenheit, um die verantwortlichen Politiker*innen mit der Forderung zu konfrontieren: In Berlin tagte die Innenministerkonferenz – und da ging es auch um rechtsextreme Beamt*innen. Ulf Berner entschied spontan, nach Berlin zu reisen. Und tatsächlich: Ihm gelang es, die Unterschriften an Schleswig-Holsteins Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU), Vorsitzender der Innenministerkonferenz, zu übergeben. Grote bedankte sich sogar ausdrücklich für die Initiative.

Kurz vor Weihnachten dann in Wiesbaden: Ulf Berner und über 60 Campact-Aktive skandieren vor dem Hessischen Kultusministerium: „Wir sind hier, wir sind laut, weil der Minister sich nicht traut.“ Hessens Kultusminister Ralph Alexander Lorz (CDU) verweigerte nämlich die persönliche Annahme der Petition. Seine Begründung: Höcke sei wegen seines Mandats beurlaubt, daher ruhten seine Rechte und Pflichten als Beamter – somit hätte man keine Handlungsmöglichkeit bezüglich des Beamtenstatus. Damit wollte Ulf Berner sich nicht zufrieden geben: Er hat die Petition trotzdem im Ministerium abgegeben. Wir weichen nicht von unseren Forderungen ab – denn es gibt genügend Ansatzpunkte, um sie umzusetzen. Keinen Fußbreit den Faschisten!

Ulf Berner, 60 Campact-Aktive und über 150.000 Unterzeichner*innen fordern: Schulverweis für Höcke! (Wiesbaden, 12.12.)



An diesen Organisationen beteiligt sich Campact

Starke Kampagnen, erfolgreiche Online-Appelle, medienwirksame Aktionen: So streitet Campact für progressive Politik. Doch manchmal braucht es andere Formen des Engagements, um die Ziele und Werte unserer Bürgerbewegung voranzubringen. Deshalb fördert Campact seit Jahren progressive Organisationen und Kampagnen finanziell (siehe S. 61). Darüber hinaus ist Campact auch an Organisationen beteiligt. Wir möchten Ihnen diese hier vorstellen.

HateAid gGmbH

Beleidigt, verleumdet, bedroht: Hass im Internet hat System. **Vor allem rechte Gruppen beleidigen und erniedrigen Menschen gezielt** – wollen sie einschüchtern und mundtot machen. Hate Speech ist nicht nur eine Form psychischer Gewalt: Wenn Menschen sich nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen, ist das auch eine echte Gefahr für die Demokratie.

Seit 2019 gibt es eine Organisation, die aktiv gegen digitalen Hass arbeitet: HateAid. Um den freien Meinungs Austausch und konstruktive Debatten im Internet zu schützen, hat Campact e.V. zusammen mit Fearless Democracy die HateAid gGmbH gegründet und ist Mitgesellschafter. Schon 180 Menschen haben die Hilfe der jungen Organisation in Anspruch genommen. Die Unterstützung reicht von der Beratung bis hin zur Begleitung bei Gerichtsprozessen – dabei konnte HateAid bereits wichtige Erfolge verzeichnen.

Für die nächsten Jahre hat sich die Organisation viel vorgenommen. Neben der Unterstützung von Betroffenen soll noch mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. **Die Demokratie-Stiftung Campact wird HateAid dabei finanziell unterstützen.** Das gemeinsame Ziel: Einer breiten Öffentlichkeit klar machen, was Hass im Netz anrichtet und zeigen, was jede*r Einzelne gegen ihn tun kann.

openPetition gGmbH

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, den Staat um etwas zu bitten oder sich über seine Politik zu beschweren: Das sieht das Petitionsrecht im Art. 17 des Grundgesetzes vor. Die Petitionsplattform openPetition setzt sich dafür ein, dass Menschen dieses Recht wahrnehmen können – und ist dabei spendenfinanziert, transparent und politisch neutral.

openPetition wurde 2012 als gemeinnützige GmbH von den Gesellschaftern Jörg Mitzlaff und Campact e.V. gegründet. Bereits zwei Jahre vorher war die Petitionsplattform als ehrenamtliche Initiative online – seitdem unterstützt openPetition Petent*innen dabei, Petitionen zu erstellen, Unterschriften zu sammeln und diese bei den entsprechenden Entscheidungsträger*innen einzureichen. Über 19,3 Millionen Unterschriften kamen bis Ende 2019 zusammen.

Einen transparenten Dialog zwischen Bürger*innen und Politiker*innen fördern – openPetition hat Tools und Informationsmöglichkeiten entwickelt, um das zu ermöglichen. Die Organisation fordert etwa unabhängig von Petitionsprozessen Stellungnahmen von Parlamentarier*innen ein, erstellt Abgeordneten-Profile und hat Kommunen ein Tool für Petitionssysteme bereitgestellt. openPetition wird besonders im deutschsprachigen Raum genutzt, ist aber seit 2015 in 15 Sprachen verfügbar und hat die Vision, politische Beteiligung in ganz Europa zu stärken.

Finanzen



Engagement durch Spenden

Ob mit einer Unterschrift, Engagement vor Ort oder als Helfer*in auf einer Demo: Bei Compact bringt sich jede*r nach den eigenen Möglichkeiten ein. Manche leiten unsere Aktionen im Netz an ihre Bekannten weiter. Andere unterstützen Compact finanziell. Alles zusammen macht die Kraft unserer Bürgerbewegung aus.

Das finanzielle Engagement der Spender*innen und Förder*innen bildet das Fundament von Compact: Ihre Unterstützung gibt uns Kraft für kontroverse Themen, Ausdauer für langfristige Ziele und macht uns unabhängig von Parteien oder öffentlichen Institutionen. Diesem Engagement gilt unser besonderes Dankeschön.

Spenden sammeln auf der Demo: Nur dank des vielfältigen Einsatzes unserer Unterstützer*innen ist unsere Bürgerbewegung stark (Berlin, 19.5)



Die Bürgerbewegung Campact besteht seit 2019 aus dem eingetragenen Verein Campact und der Demokratie-Stiftung Campact. Die folgenden Zahlen beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, immer auf beide Körperschaften. Separate Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Bilanzen finden Sie am Ende des Kapitels auf den Seiten 65–73.

Einnahmen

Campact erzielte im Jahr 2019 Einnahmen in Höhe von 12,6 Millionen Euro. Davon stammen 61 Prozent aus regelmäßigen Förderbeiträgen, 27,3 Prozent aus zweckgebundenen Kampagnen- und Projektspenden, 10 Prozent aus freien Spenden und 1,7 Prozent aus sonstigen Einnahmen¹ und Erbschaften.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte Campact die Erträge erheblich steigern und viele wichtige Kampagnen anstoßen – trotz des Verlusts der Gemeinnützigkeit. Die Förderbeiträge stiegen um 1,18 Millionen Euro, die freien Spenden um 307.500 Euro und die zweckgebundenen Spenden um 905.000 Euro.

Die Gesamteinnahmen von Verein und Stiftung lagen bei 12,6 Millionen Euro und somit rund 2,5 Millionen Euro über dem Vorjahreswert von 10,1 Millionen Euro.

¹ Sonstige Einnahmen sind u.a. Kostenbeteiligungen und Zuwendungen von anderen Organisationen. Die ClimateWorks Foundation unterstützte Campact im Jahr 2019 mit einer Förderung in Höhe von 153.711 Euro, um die Klima- und Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland zu stärken.

Einnahmen 2019 im Überblick

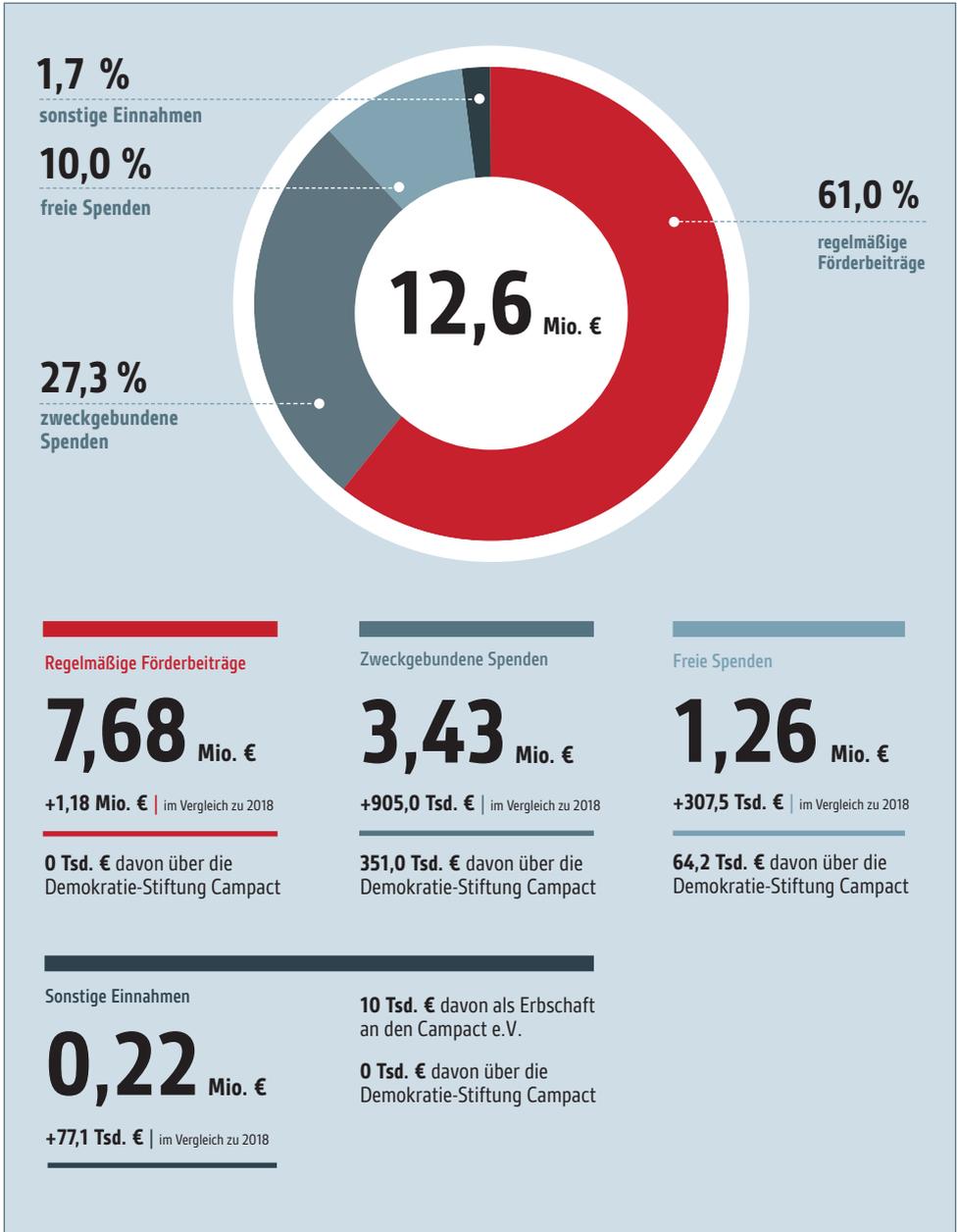


Abbildung 1

Entwicklung der Einnahmen in den vergangenen fünf Jahren (in Mio. €)

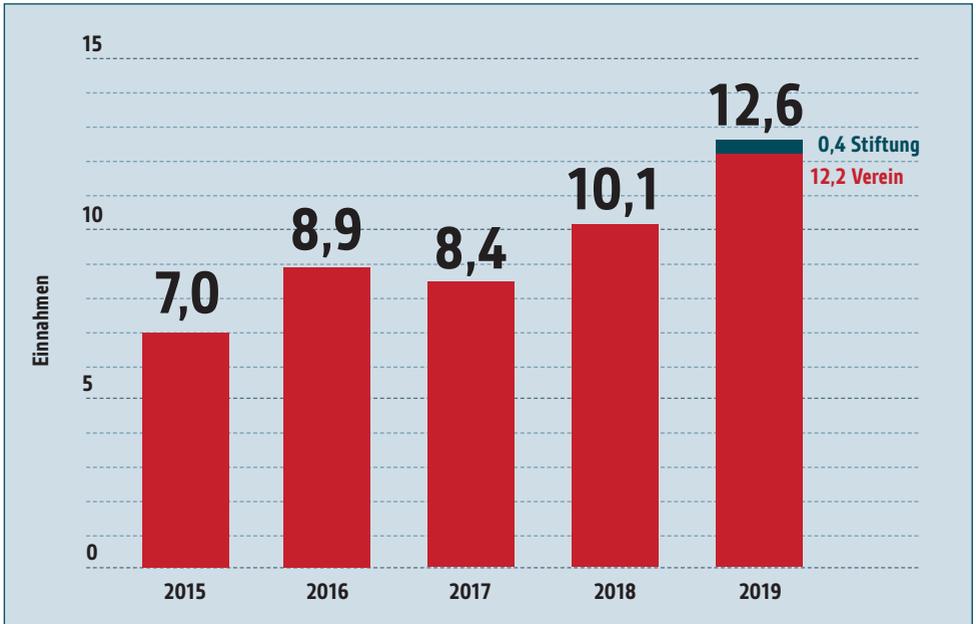


Abbildung 2

Einnahmen nach Kampagnen und Projekten (in Tsd. €)

Kampagne/Projekt	Gesamt	Verein	Stiftung
Klimaschutz und Energiepolitik	1.597	1.288	309
Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus	880	880	0
Ökologische Agrarpolitik	618	618	0
Faire Handelspolitik	244	244	0
Sonstiges	45	45	0
Trainingslager für junge Campaigner*innen	41	0	41
Gesamt	3.425	3.075	350

Tabelle 1

Partizipative Schwarmfinanzierung bei Campact

Als Bürgerbewegung setzt Campact auf partizipative Schwarmfinanzierung. Zehntausende Förder*innen und Spender*innen sichern die Unabhängigkeit und Stärke von Campact.

Ende 2019 förderten 79.127 Menschen Campact mit einem durchschnittlichen Monatsbeitrag von 8,96 Euro. Ende 2018 waren es 68.944. Das entspricht einem Wachstum von rund 15 Prozent. Diese Einnahmen geben unserer Bürgerbewegung Planungssicherheit und ermöglichen es Campact, blitzschnell Kampagnen zu starten und langfristig an einem politischen Thema dranzubleiben.

Darüber hinaus haben 108.467 Menschen im Jahr 2019 zweckgebunden für Kampagnen und Projekte gespendet und freie Spenden getätigt. 94 Prozent aller Spenden und Förderbeiträge stammen von Menschen, die im gesamten Jahr unter 200 Euro an Campact – Verein und Stiftung – gegeben haben. Nur 16 natürliche Personen und drei juristische Personen haben im Jahr 2019 über 5.000 Euro an den Verein und die Stiftung gespendet.

Jahressummen der Campact-Förder*innen und -Spender*innen im Jahr 2019

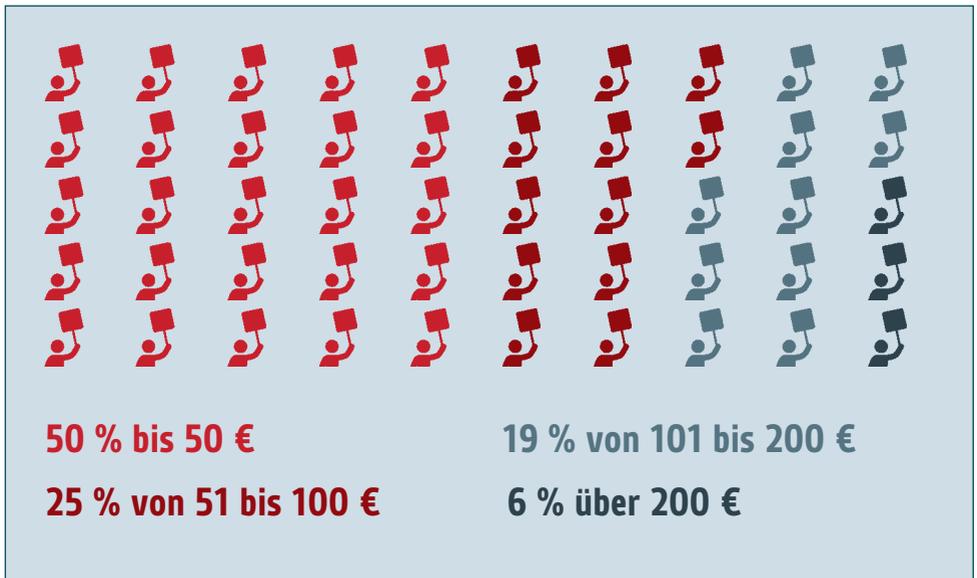


Abbildung 3

Bei den Personen, die an die Demokratie-Stiftung Campact gespendet haben, verhält es sich anders herum: 94 Prozent von ihnen haben im gesamten Jahr 2019 mehr als 200 Euro an Verein und Stiftung gespendet. Anders als der Verein kann die Demokratie-Stiftung Campact als gemeinnützig anerkannte Organisation Spendenbescheinigungen ausstellen und ist von der Schenkungs- und Erbschaftssteuer befreit. Hohe Spenden an den Verein – wie beispielsweise Testamentsspenden – unterliegen hingegen der Erbschafts- und Schenkungssteuer und werden bei der Überschreitung des Freibetrags von 20.000 Euro um 30 oder sogar 50 Prozent geschmälert. Deshalb ist es sinnvoll für Spender*innen, die größere Beträge an Campact geben wollen, an die Demokratie-Stiftung Campact zu spenden.

Jahressummen der Stiftungsspender*innen im Jahr 2019

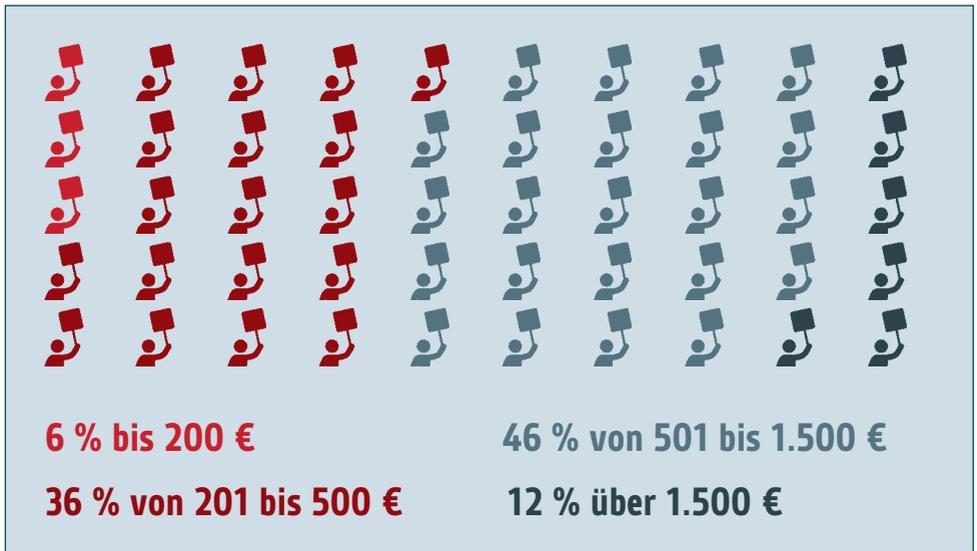


Abbildung 4

Ausgaben

Im Jahr 2019 gab Campact 11,1 Millionen Euro aus. Das war eine Million mehr als im Vorjahr. Grund dafür ist unter anderem, dass Campact deutlich mehr Geld für eigene Kampagnen ausgab und auch andere progressive Organisationen und Projekte finanziell unterstützte. Die Kosten für die Verwaltung sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, weil der Verein Rückstellungen in Höhe von 218.460 Euro für die Steuernachzahlungen aufgrund des Verlusts der Gemeinnützigkeit gebildet hat. Die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising sind hingegen leicht gesunken.

Ausgaben 2019 im Überblick

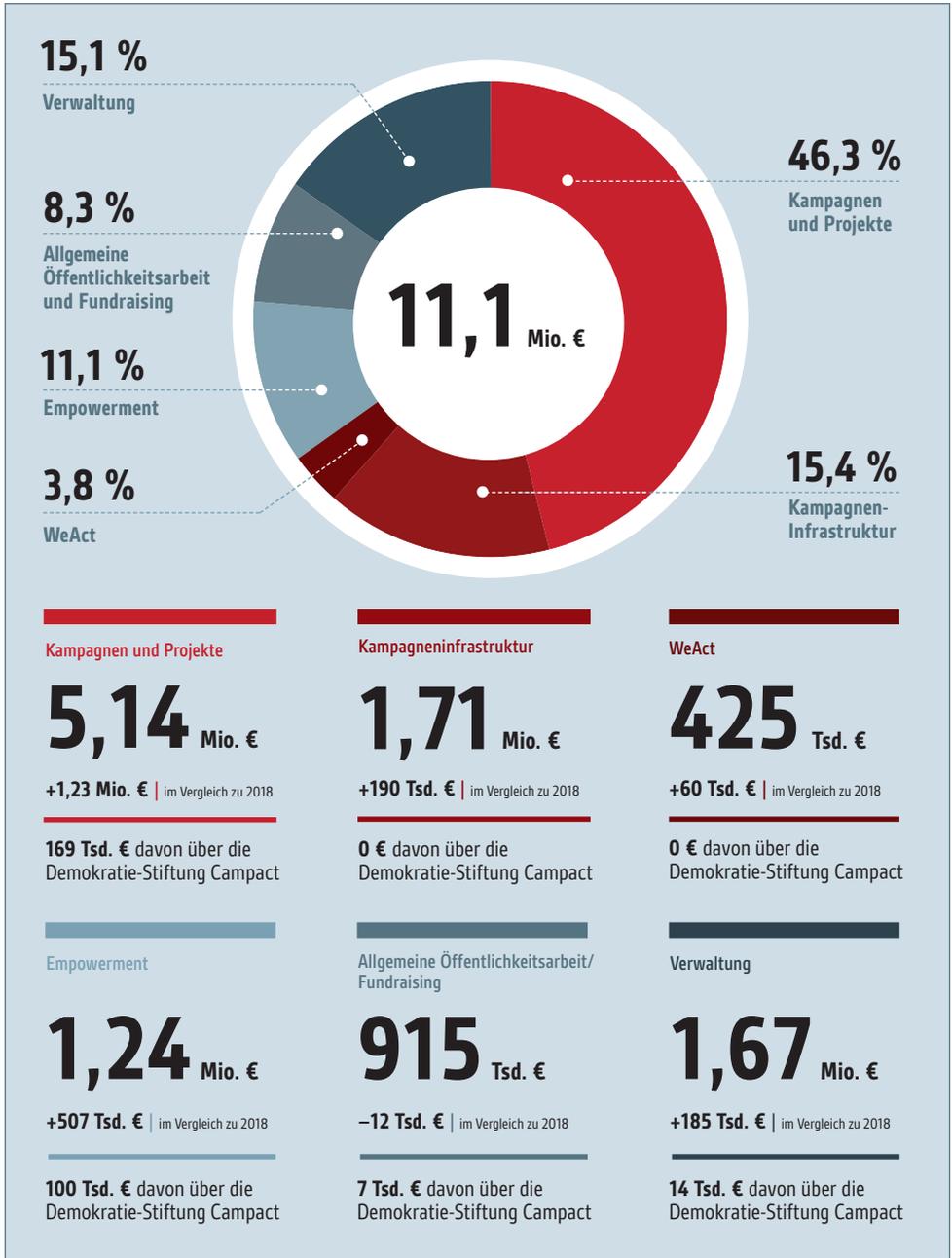


Abbildung 5

Entwicklung der Ausgaben in den vergangenen fünf Jahren (in Mio. €)

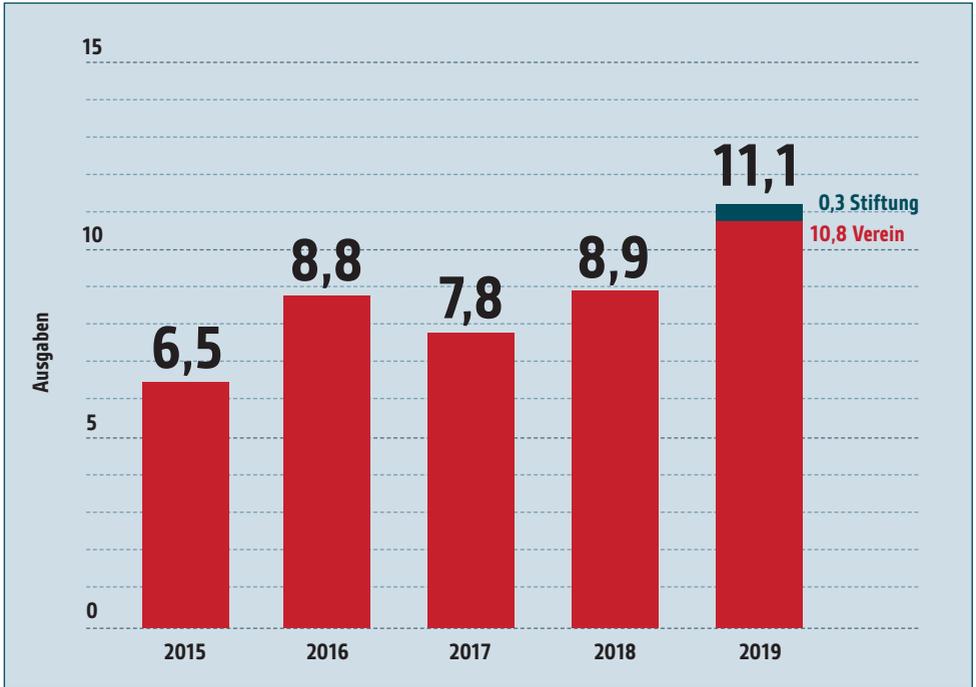


Abbildung 6

Detaillierte Erläuterungen zu den Ausgaben

Kampagnen und Projekte

Der größte Teil der Campact-Ausgaben floss mit rund 5,1 Millionen Euro in Kampagnen und Projekte. Diese Summe umfasst die Personal- sowie die Sachkosten, die für die Umsetzung der Kampagnenarbeit notwendig sind. Insgesamt entspricht das 46,3 Prozent des Gesamthaushaltes.

Der Bereich Klimaschutz und Energiepolitik bildete wie 2018 erneut den Schwerpunkt der Ausgaben. Für Kampagnen rund um die globalen Klimastreiks, den Kohleausstieg und das Klimaschutzgesetz gab Campact über 2,3 Millionen Euro aus. Mit weiteren 1,57 Millionen Euro engagierte Campact sich gegen Hate Speech, Rassismus, Rechtspopulismus und für eine Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts. Im Fokus standen außerdem die Kampagnen zur ökologischen Agrarpolitik – insbesondere gegen glyphosathaltige Pestizide und für die Einführung eines Tierwohl-Labels – sowie Kampagnen für eine faire Handelspolitik.

Welche Ausgaben anfallen, hängt von der jeweiligen Kampagne ab. In der Vorbereitungsphase entstehen oft Kosten für Recherchen, Umfragen oder die Suche nach Kooperationspartner*innen. Während einer Kampagne fließen die Spenden zum Beispiel in Zeitungsanzeigen, Großplakate oder Politiker*innen-Masken. Besonders kostenintensiv sind Großveranstaltungen wie Demonstrationen. Neben technischen Anlagen und Werbung sind sie mit Sicherheitsvorkehrungen sowie einem hohen organisatorischen und personellen Aufwand verbunden.

Ausgaben nach Kampagnen und Projekten (in Tsd. €)

Kampagne/Projekt	Gesamt	Verein	Stiftung
Klimaschutz und Energiepolitik	2.347	2.217	130
Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus	1.570	1.570	0
Ökologische Agrarpolitik	679	679	0
Faire Handelspolitik	189	189	0
Sonstiges	181	181	0
Identifizierung von Themen	112	112	0
Trainingslager für junge Campaigner*innen	58	19	39
Gesamt	5.136	4.967	169

Tabelle 2

Kampagnen-Infrastruktur

Eine zuverlässige Software- und Hardware-Infrastruktur ist eine Kernanforderung für die Arbeit von Campact. Kosten entstehen beispielsweise für den sicheren Betrieb und die Administration unserer Website, den Versand von E-Mails und die Weiterentwicklung der Software, über die Appelle gestartet und unterzeichnet werden.

Im Jahr 2019 investierte Campact rund 1,7 Millionen Euro in den Ausbau, Betrieb und die Sicherheit der Kampagnen-Infrastruktur.

WeAct

Campact will Bürger*innen dazu befähigen, selbst eigene Kampagnen zu starten. Mit der Petitionsplattform WeAct gibt Campact Menschen ein Werkzeug in die Hand, selbst den Wandel anzustoßen, den sie sich wünschen. Unterstützt werden sie dabei von dem fünfköpfigen WeAct-Team, das Themen recherchiert, beim Texten von Petitionen unterstützt und bei der Entwicklung einer Kampagnenstrategie berät. Die Finanzierung von WeAct kostete Campact 2019 um die 425.000 Euro.

Empowerment

Wissen austauschen über Ländergrenzen hinweg, Expertise teilen und gemeinsam progressiven Wandel vorantreiben: Campact unterstützt seit Jahren andere progressive Organisationen und Kampagnen. Mit dem Ziel, zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu „empowern“ beziehungsweise zu ermächtigen, damit sie ihre Interessen selbstbestimmt vertreten können. Campact macht das durch Wissenstransfer und finanzielle Unterstützung.

Campact ist Mitglied des Online Progressive Engagement Network (OPEN). Einem weltweiten Netzwerk aus Organisationen, das für progressive Politik streitet: über Online-Appelle und Offline-Aktionen.

Campact profitiert von diesem Netzwerk durch einen regen Wissensaustausch. Im Gegenzug unterstützt Campact den Aufbau von weiteren progressiven Organisationen im Ausland. In der Tabelle 10 im Anhang des Transparenzberichts sind alle OPEN-Organisationen aufgelistet, die von Campact 2019 finanzielle Mittel erhalten haben.

Campact hat sich an der Gründung der unabhängigen Petitionsplattform openPetition gGmbH sowie an der Gründung der Organisation HateAid gGmbH, die Betroffene von digitaler Gewalt unterstützt, beteiligt. Als Gesellschafter finanziert Campact den fortlaufenden Betrieb über Spenden mit.

Im Jahr 2019 förderte Campact die Arbeit anderer Organisationen mit über 1,2 Millionen Euro.

Verwaltung

Verwaltungskosten entstehen durch Personalkosten für Buchhaltung und Geschäftsführung sowie Miete, Versicherungen, Personalwesen und externe Beratungen. Campact versucht, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Komplexe Arbeitsprozesse in einer wachsenden Organisation erfordern allerdings eine funktionierende Administration. Finanzielle Investitionen in die Verwaltung sind daher eine notwendige Bedingung für den Erfolg der Kampagnenarbeit. Die Verwaltungsaufgaben der Demokratie-Stiftung Campact werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Mitarbeiter*innen von Campact e.V. getätigt, der Vorstand und der Stiftungsrat arbeiten ehrenamtlich für die Demokratie-Stiftung Campact.

Im Jahr 2019 entstanden Kosten in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro. Damit sind die Verwaltungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gestiegen. Hauptursache waren Rückstellungen die aufgrund von Steuernachzahlungen aufgrund des Verlusts der Gemeinnützigkeit gebildet werden mussten.

Allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Fundraising

Für die allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit fallen Ausgaben für Personal- und Sachkosten an. Campact beschäftigt eine Pressesprecherin und eine Pressevolontärin.

Das sechsköpfige Fundraising-Team, darunter eine Teamleitung, wirbt Spenden und Förderungen kosteneffizient und ethisch ein, bearbeitet Anliegen von Spender*innen und Förder*innen und kommuniziert die Verwendung der Spenden – wie mit der regelmäßigen Förder- und Spendeninfo sowie dem jährlichen Transparenzbericht. Weitere Kosten entstehen etwa für den jährlichen Versand der Zuwendungsbestätigungen. Auch die Beantwortung von Anfragen und die Verbuchung eingehender Spenden durch ein Buchhaltungsbüro fallen in diesen Bereich.

Im Jahr 2019 betragen die Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fundraising insgesamt 915.000 Euro.

Gehaltsstruktur bei Campact

Campact e.V. hatte im Jahr 2019 insgesamt 80 Mitarbeiter*innen fest eingestellt. Das entspricht 64 Mitarbeiter*innen in Vollzeit. Mit Ausnahme der dreiköpfigen Geschäftsführung und der Pressestelle gehören die Campact-Mitarbeiter*innen je nach Aufgabenbereich einem von zehn Teams an, die jeweils von einer Teamleitung geführt werden. Die Demokratie-Stiftung Campact hingegen hat keine eigenen Mitarbeiter*innen: Verwaltungsaufgaben werden von Mitarbeiter*innen des Vereins getätigt. Der Vorstand und der Stiftungsrat arbeiten ehrenamtlich.

Im Jahr 2019 gab Campact 4,32 Millionen Euro für Personal aus. Das sind 460.000 Euro mehr als im Vorjahr. Ursachen hierfür sind die Anstellung von zusätzlichen Mitarbeiter*innen und Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst. Campact orientiert sich an dieser Entgelttabelle. Durch faire Bezahlung und eine geringe Lohnspreizung gelingt es Campact, hochqualifiziertes und motiviertes Personal zu finden und trotz einer hohen Arbeitsbelastung dauerhaft im Team zu halten.

Berufliches Engagement und Familienleben vereinbaren zu können, ist eines der Ziele der Personalpolitik von Campact. Deswegen ermöglicht Campact Teilzeitmodelle und flexible Arbeitszeiten für Mitarbeiter*innen mit kleinen Kindern. Darüber hinaus bezahlt Campact Beschäftigten mit Kindern einen Gehaltszuschlag. Dieser ist gestaffelt nach Umfang der vertraglichen Arbeitszeit und Anzahl der Kinder. Bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden waren das 2019 bei einem Kind beispielsweise 393 Euro pro Monat.

Monatliche Bruttogehälter bei Campact (in €)

Aufgabe	von	bis
Organisationsaufgaben	3.102	4.628
Campaigning, Redaktion, Fundraising, Technik	3.997	5.587
Teamleitung	4.655	5.452
Geschäftsführung	6.518	6.518

Die Angaben beinhalten keine Gehaltszuschläge für Beschäftigte mit Kindern.

Tabelle 3

Wer sich noch vor oder in einem Studium befindet, kann bei Campact ein Praktikum oder Freiwilliges Soziales Jahr Politik (FSJ) absolvieren. Praktikant*innen erhalten eine Vergütung von 670 Euro im Monat. Der Stundenlohn von Werkstudent*innen wurde im Herbst 2019 von 12,50 Euro auf 14,50 Euro angehoben.

Campact hat seit 2012 einen Betriebsrat. Dieser wurde 2018 neu gewählt und besteht aus fünf Mitarbeiter*innen. Sie vertreten die Interessen der Beschäftigten und sind Ansprechpartner*innen für die Geschäftsführung.

Ein gesundes und motivierendes Arbeitsumfeld ist Campact sehr wichtig. Ausführliche Informationen darüber, wie es ist bei Campact zu arbeiten, finden Sie auf den Seiten 9–10.

Weitergabe von Mitteln an andere Körperschaften

Campact gibt finanzielle Mittel an andere Körperschaften weiter. Dafür gibt es drei Gründe:

- Eines der Ziele von Campact ist es, andere Bewegungsorganisationen zu stärken (empowern). Dazu gehörte 2019 unter anderem die Unterstützung der HateAid gGmbH, des ichbinhier e.V., WeMove Europe gGmbH, des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS) und der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“. Darüber hinaus unterstützte Campact mit über 400.000 Euro den Aufbau von Organisationen, die sich über OPEN (Online Progressive Engagement Network) vernetzen.
- Zweckgebundene Spendenmittel, die nicht innerhalb einer Campact-Kampagne ausgegeben werden können, leitet Campact an andere zu dem Thema arbeitende Organisationen weiter und unterstützt so deren Ziele.
- Spenden, die für gemeinsame Aktivitäten mit Kampagnenpartner*innen eingehen (zum Beispiel für Demonstrationen), werden über einen Träger abgerechnet. Campact überweist seinen Anteil entsprechend an diese Träger.

Eine Auflistung dieser Organisationen, Zwecke und Beträge findet sich im [Anhang](#).

Jahresergebnis

Im Jahr 2019 beliefen sich die Einnahmen aus Spenden, regelmäßigen Förderbeiträgen und sonstigen Erträgen auf 12,6 Millionen Euro. Die Ausgaben betragen im gleichen Zeitraum 11,1 Millionen Euro. Das ergibt einen Jahresüberschuss von rund 1,5 Millionen Euro. Dieser Überschuss wurde erzielt, weil die Einnahmen aus regelmäßigen Förderbeiträgen und den zweckgebundenen Spenden gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen sind. Hinzu kommt, dass viele zweckgebundene Spenden zwar 2019 eingenommen wurden, aber erst im folgenden Jahr für die entsprechenden Projekte ausgegeben werden konnten. Der Überschuss ermöglicht es, Rücklagen anzulegen, auf die Compact in Zukunft zurückgreifen kann. So kann die Arbeit auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ohne Kürzungen fortgesetzt werden.

Übersicht Jahresergebnis 2019 (in Mio. €)

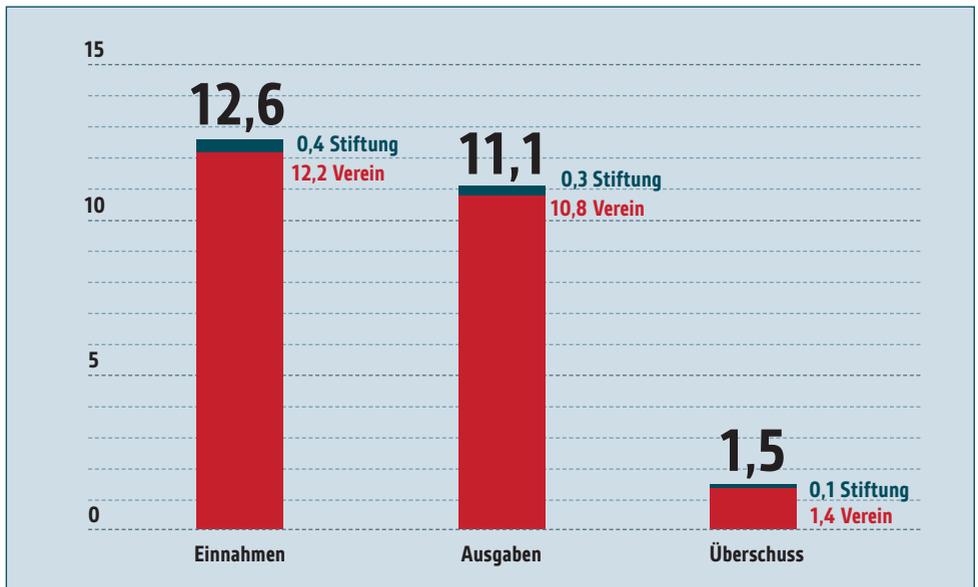


Abbildung 7

Vermögen und Geldanlage

Campact hat in den vergangenen Jahren Rücklagen gebildet, die eine kontinuierliche Arbeit auch dann sichern, wenn die Spendeneinnahmen kurzfristig sinken. Zusätzlich existieren zweckgebundene Rücklagen für einzelne Kampagnen und die Bundestagswahl 2021. Die Summe aller Rücklagen betrug zum Jahresende 5,56 Millionen Euro und bildet sich wie folgt:

Rücklagen im Jahr 2019 (in Tsd. €)

	Verein	Stiftung
Freie Rücklagen	3.946	41
Projektrücklagen für Kampagnen	... Satzungszwecke gem. § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO
	Ökologische Agrarpolitik 348	Förderung HateAid gGmbH 14
	Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus 108	Förderung Fair Share of Women e.V. 72
	Faire Handelspolitik 283	
	Gesamt 739	Gesamt 86
Rücklagen für die Bundestagswahl	600	–
Betriebsrücklagen	144	–
Gesamt	5.429	127

Tabelle 4

Das langfristig gebundene Vermögen von Campact setzt sich aus drei Bausteinen zusammen: immaterielles Vermögen, Sachanlagen und Finanzanlagen.

Das immaterielle Vermögen besteht hauptsächlich aus der Software, die für Campact erstellt wurde. Sachanlagen sind Ausstattungsgegenstände wie Computer oder Büromöbel. Finanzanlagen sind die Teile des Vermögens, die langfristig finanziellen Anlagezwecken dienen. Diese sind 2019 um 2,57 Millionen Euro gestiegen, weil Campact bisheriges Bankguthaben mittel- und langfristig angelegt hat.

Langfristig gebundenes Vermögen (in Tsd. €)

	31.12.2019			31.12.2018	Veränderung zu 2018
	Gesamt	Verein	Stiftung		
Immaterielle Vermögensgegenstände	321	319	2	178	+143
Sachanlagen	150	150	0	121	+29
Finanzanlagen	3.130	3.130	0	560	+2.570
Gesamt	3.601	3.599	2	859	+2.742

Tabelle 5

Campact folgt bei der Anlage von Vermögen den **Leitlinien der Bewegungsstiftung**  zu ethisch-nachhaltiger Geldanlage. Mittel- und längerfristige Finanzanlagen bestehen bei der Eisenbahn Spar- und Bauverein Bremen eG, der GEWOBA Nord Baugenossenschaft, der Umweltbank, dem Ökologischen Zentrum Verden e.V., dem Norddeutschen Zentrum für Nachhaltiges Bauen, bei der Bank für Sozialwirtschaft und bei der GLS Bank.

Zu den Finanzanlagen gehört auch die Beteiligung an der openPetition gGmbH und der HateAid gGmbH (vgl. Seiten 46–47).

Das Umlaufvermögen von Campact verteilt sich auf mehrere Konten. Das Geschäftskonto liegt bei der Kreissparkasse Verden. Das Spendenkonto des Vereins ist bei der Bank für Sozialwirtschaft, das der Demokratie-Stiftung bei der GLS Bank. Tagesgeldkonten existieren bei der EthikBank, der Triodos Bank und der GLS Bank.

Jahresabschluss 2019

Gewinn- und Verlustrechnung Campact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
1) Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Spenden – Förderbeiträge	7.680.614,08	
Spenden – frei	1.195.811,52	
Spenden – kampagnengebunden	3.075.034,35	
Testamentsspenden	10.000,00	
Summe Erträge aus satzungsgemäßen Betätigungen		11.961.459,95

	Betrag	Summe
2) Sonstige Einnahmen und Erträge		
Sonstige betriebliche Erträge	202.331,51	
Summe sonstige Einnahmen und Erträge		202.331,51

	Betrag	Summe
3) Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Zuwendungen, Spenden noch nicht gezahlt	15.500,00	
Zuwendungen, Spenden für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke	1.192.543,48	
Zuwendungen, Spenden an ausländische Organisationen mit gemeinnützigem Zweck	427.500,00	
Zuwendungen, Spenden an Stiftungen für gemeinnützigen Zweck	100.000,00	
Erhaltene Skonti	-524,32	
Print-Anzeigen	185.620,40	
Plakatflächen	12.915,48	
Aktionsmaterial, Aktionskosten	568.621,05	
Foto- und Videoproduktionen sowie Dokumentationen	68.399,60	
Grafiken	31.130,88	
Infomaterial	20.102,80	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Compact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
Fortsetzung 3) Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		
Repräsentationskosten	25.805,19	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen	32,30	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen, Flugkosten	4.879,56	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen Fahrtkosten	49.723,35	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen Verpflegungskosten Aktion	8.685,57	
Reisekosten Arbeitnehmer*innen Übernachtungsaufwand	21.259,66	
Wartungs-/Betriebskosten für Software, Webservice	1.053.902,10	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	36.805,54	
Informationsbeschaffung, Recherche für Aktionen	196,84	
Honorare, Aufwandsentschädigungen Aktionen	17.786,40	
Recherchetätigkeiten, Abos	47.016,38	
Mieten für Einrichtungen (bewegliche Wirtschaftsgüter)	30.243,30	
Mieten für Server, Hosting	155.562,53	
Summe Aufwendungen aus satzungsgemäßen Betätigungen		4.073.708,09

	Betrag	Summe
4) Personalaufwand		
4a) Löhne und Gehälter		
Gehälter	3.479.922,77	
Sachzuwendungen und Dienstleistungen an Arbeitnehmer*innen	28.404,09	
Fahrtkostenerstattung – Wohnung/Arbeitsstätte	108.244,27	
Zuschuss doppelte Haushaltsführung	13.377,10	
Summe Löhne und Gehälter		3.629.948,23

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Compact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
Fortsetzung 4) Personalaufwand		
4b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Gesetzliche soziale Aufwendungen	661.054,28	
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	16.392,74	
Freiwillige soziale Aufwendungen, lohnsteuerfrei	7.349,55	
Versorgungskassen, Künstlersozialkasse	44,97	
Aufwendungen für Altersversorgung	721,17	
Summe soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		685.562,71
Summe Personalaufwand		4.315.510,94

	Betrag	Summe
5) Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	216.131,28	
Abschreibungen auf Sachanlagen (ohne AfA auf Kfz und Gebäude)	51.049,66	
Abschreibungen auf den Sammelposten Wirtschaftsgüter	33.384,31	
Summe Abschreibungen		300.565,25

	Betrag	Summe
6) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Verluste durch außergewöhnliche Schadensfälle	500,00	
Anlagenabgänge Sachanlagen (Restbuchwert bei Buchverlust)	1,00	
Anlagenabgänge Sachanlagen (Restbuchwert bei Buchgewinn)	1.251,81	
Ausgleichsabgabe i. S. d. Schwerbehindertengesetzes	8.000,00	
Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter), regelmäßig	99.784,57	
Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter), zus. Räumlichkeiten	27.358,02	
Gas, Strom, Wasser	18.404,62	
Reinigung	9.000,40	
Sonstige Raumkosten	2.030,55	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Compact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
Fortsetzung 6) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Versicherungen	22.299,71	
Beiträge, Mitgliedschaften	137.999,60	
Werbekosten	18.509,95	
Online-Anzeigen, Online-Mobilisierung	368.472,08	
Geschenke abzugsfähig ohne §37b EstG	21,99	
Bewirtungskosten	3.482,22	
Aufmerksamkeiten	10.190,33	
Reparaturen und Instandhaltungen von anderen Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.855,10	
Wartungs-/Betriebskosten für Hardware	47.305,36	
Fremdleistungen/Fremdarbeiten	653.661,52	
Porto	25.071,93	
Telefon	40.844,91	
Bürobedarf	6.065,22	
Zeitschriften, Bücher	881,75	
Fortbildungskosten	78.950,04	
Workshop-Kosten	38.956,45	
Rechts- und Beratungskosten	98.227,56	
Abschluss- und Prüfungskosten	13.186,00	
Aufwendungen für die zeitlich befristete Überlassung von Rechten (Lizenzen, Konzessionen)	63.253,00	
Aufwendungen für Abraum- und Abfallbeseitigung	21,29	
Nebenkosten des Geldverkehrs	91.386,63	
Werkzeuge und Kleingeräte	6.144,57	
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen		1.895.118,18

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Compact e.V. (in €)

	Betrag	Summe
7) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
Zins- und Dividenderträge	15,01	
Habenzinsen Geldanlagen	4.762,07	
Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4.777,08
	Betrag	Summe
8) Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Zinsen für Steuern	71.000,00	
Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen		71.000,00
	Betrag	Summe
9) Sonstige Steuern		
Sonstige Steuern	147.460,00	
Summe sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		147.460,00
	Betrag	Summe
10) Jahresüberschuss		1.365.206,08
	Betrag	Summe
11) Entnahmen aus Rücklagen		
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	804.096,11	
Summe Entnahme aus Rücklagen		804.096,11
	Betrag	Summe
12) Einstellungen in Rücklagen		
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	2.169.302,19	
Summe der Einstellungen in die Rücklagen		2.169.302,19
	Betrag	Summe
13) Bilanzergebnis		0,00

Tabelle 6

Bilanz Campact e.V. (in €)

Aktiva	31.12.2019	31.12.2018
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	318.661,97	178.059,29
II. Sachanlagen	149.765,59	120.860,83
III. Finanzanlagen	3.129.955,77	559.738,51
	3.598.383,33	858.658,63
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	150.416,98	65.316,17
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.940.248,27	4.151.014,87
	3.090.665,25	4.216.331,04
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44.720,51	32.241,32
	6.733.769,09	5.107.230,99
Passiva	31.12.2019	31.12.2018
A. Eigenkapital	5.428.586,59	4.063.380,51
B. Rückstellungen	746.017,95	446.526,73
C. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	419.969,72	357.817,80
II. Sonstige Verbindlichkeiten	139.194,83	239.505,95
	559.164,55	597.323,75
	6.733.769,09	5.107.230,99

Tabelle 7

Gewinn- und Verlustrechnung Demokratie-Stiftung Campact (in €)

	Betrag	Summe
1) Umsatzerlöse		
Spenden – frei	64.151,01	
Spenden – zweckgebunden	350.440,91	
Summe Umsatzerlöse		414.591,92

	Betrag	Summe
2) Sonstige betriebliche Erträge		
Sonstige betriebliche Erträge	2.700,00	
Summe sonstige betriebliche Erträge		2.700,00

	Betrag	Summe
3) Abschreibungen		
Abschreibung immaterielle Vermögensgegenstände	414,72	
Summe Abschreibungen		414,72

	Betrag	Summe
4) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Zuwendungen, Spenden für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke	230.368,68	
Raumkosten	8.066,00	
Versicherungen	142,80	
Werbekosten	10.840,17	
Aktionsmaterial, Aktionskosten	42,72	
Foto- und Videoproduktionen	1.112,77	
Infomaterial	480,76	
Aufmerksamkeiten	10,78	
Wartungs-/Betriebskosten für Webservice	113,80	
Honorare, Aufwandsentschädigung Aktionen	859,45	
Fremdleistungen und Fremdarbeiten	14.000,07	
Bürobedarf	36,28	
Workshop-Kosten	16.990,10	
Rechts- und Beratungskosten	1.162,44	
Abschluss- und Prüfungskosten	3.000,00	

Fortsetzung Gewinn- und Verlustrechnung Demokratie-Stiftung Campact 2019

	Betrag	Summe
Fortsetzung 4) Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Mieten für Server, Hosting	258,95	
Aufwendungen für Lizenzen, Konzessionen	2.204,73	
Nebenkosten des Geldverkehrs	83,72	
Summe sonstige betriebliche Aufwendungen		289.774,22

	Betrag	Summe
5) Jahresüberschuss		127.102,98

	Betrag	Summe
6) Einstellungen in Gewinnrücklagen		
Einstellungen in Rücklage Satzungszweck	85.643,98	
Einstellungen in die freien Rücklagen	41.459,00	
Summe der Einstellungen in Gewinnrücklagen		127.102,98

	Betrag	Summe
7) Bilanzergebnis		0,00

Tabelle 8

Bilanz Demokratie-Stiftung Campact (in €)

Aktiva	31.12.2019
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.066,00
	2.066,00
B. Umlaufvermögen	
I. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	289.099,06
	289.099,06
	291.165,06
Passiva	
31.12.2019	
A. Eigenkapital	
eigene Anteile	105.000,00
I. Kapitalrücklage	127.102,98
	232.102,98
B. Rückstellungen	
	9.700,00
C. Verbindlichkeiten	
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.086,80
II. Verbindlichkeiten gegenüber dem Campact e.V.	47.275,28
	49.362,08
	291.165,06

Tabelle 9

Externe Prüfung

Campact e.V. und die Demokratie-Stiftung Campact sind durch vereinsrechtliche Vorschriften beziehungsweise die Abgabenordnung nicht zu einer externen Prüfung des Jahresabschlusses verpflichtet. Trotzdem werden die Jahresabschlüsse beider Körperschaften durch die Hamburger Treuhand Gesellschaft Schomerus & Partner mbB jährlich kontrolliert. Außerdem lässt Campact die Buchhaltung des Vereins und der Stiftung intern vom Campact-Haushaltsausschuss bzw. vom Stiftungsrat prüfen.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers an den Campact e.V.

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Transparenzbericht weicht hinsichtlich der Gliederung und dem Detaillierungsgrad der Kostenpositionen vom handelsrechtlichen Jahresabschluss ab. Der hier dargestellte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellten Jahresabschluss.

An den Campact e.V., Berlin

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss des Campact e.V., Berlin, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 - geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten

deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verein unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 am bedeutsamsten waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses

als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Vereins haben wir uns besonders mit den steuerlichen Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 10. Januar 2019 und den sich daraus ergebenden Rückstellungsverpflichtungen befasst. In dem Urteil entschied der BFH, dass die Tätigkeit des Attac Trägerverein e.V. (Attac) zu Recht vom zuständigen Finanzamt als nicht gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung eingeordnet wurde. Campact engagiert sich in ähnlicher Weise wie Attac als Bürgerbewegung durch Beteiligung an und Organisation von Demonstrationen, Informationskampagnen und Online-Petitionen, die sich ausdrücklich an politische Entscheidungsträger richten. Mit Bescheid vom 2. Oktober 2019 wurde die Gemeinnützigkeit aberkannt; insofern ist für die Jahre 2015-2017 kein Freistellungsbescheid mehr vorhanden. Sowohl ertragsteuerliche Konsequenzen als auch eine Spendenhaftung sind derzeit für diese Jahre nicht zu erwarten. Allerdings wird Schenkungsteuer auf alle Spenden fällig werden, soweit die zugewendete Summe pro Spender 20 T€ in einem Zehnjahreszeitraum übersteigt. Der Verein hat die voraussichtlich zu entrichtende Steuer zuzüglich eventuell anfallender Zinsen mit 306 T€ berechnet, die in Form einer Rückstellung im Jahresabschluss berücksichtigt wurden.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Transparenzbericht.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab. Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen. Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbei-

ten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Vereinstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Vereinstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Vereinstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets auf-

deckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Vereinstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Vereinstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Vereinstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 11. August 2020

**Hamburger Treuhand Gesellschaft
Schomerus & Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Berlin**

Lehmann
Wirtschaftsprüfer

Steinert
Wirtschaftsprüfer

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers an die Demokratie-Stiftung Campact

Die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Transparenzbericht weicht hinsichtlich der Gliederung und dem Detaillierungsgrad der Kostenpositionen vom handelsrechtlichen Jahresabschluss ab. Der hier dargestellte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den nach deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellten Jahresabschluss.

An die Demokratie-Stiftung Campact, Berlin:

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Demokratie-Stiftung Campact, Berlin, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stiftung zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahres-

abschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Stiftung unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Tätigkeitsbericht und den Transparenzbericht. Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab. Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen
- oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für

Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Stiftungstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Stiftungstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Stiftungstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme der Stiftung abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Stiftungstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Stiftung zur Fortführung der Stiftungstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige

Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Stiftung ihre Stiftungstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Erweiterung der Jahresabschlussprüfung aufgrund § 8 Abs. 2 Berliner Stiftungsgesetz

Wir haben gemäß Erweiterung der Jahresabschlussprüfung aufgrund § 8 Abs. 2 Berliner Stiftungsgesetz die Erhaltung des Stiftungsvermögens zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung wurden in allen wesentlichen Belangen die Stiftungsmittel im Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 satzungsgemäß verwendet. Das Stiftungsvermögen ist zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2019 erhalten.

Wir haben unsere Prüfung aufgrund von § 8 Abs. 2 Berliner Stiftungsgesetz (StiftG Bln) unter Beachtung des

International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised) durchgeführt. Danach wenden wir als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Die Berufspflichten gemäß der Wirtschaftsprüferordnung und der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer/vereidigte Buchprüfer einschließlich der Anforderungen an die Unabhängigkeit haben wir eingehalten. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben. Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob in allen wesentlichen Belangen das Stiftungsvermögen zum Bilanzstichtag erhalten und die Stiftungsmittel im Geschäftsjahr satzungsgemäß verwendet wurden, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile in Bezug auf die Erhaltung des Stiftungsvermögens und die satzungsgemäße Verwendung der Stiftungsmittel beinhaltet. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Berlin, den 11. August 2020

**Hamburger Treuhand Gesellschaft
Schomerus & Partner mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Zweigniederlassung Berlin**

Lehmann
Wirtschaftsprüfer

Steinert
Wirtschaftsprüfer

Anhang

Kooperationspartner*innen im Jahr 2019

Campact ist dankbar, mit so vielen starken Partner*innen für ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel streiten zu können. 2019 verfolgten wir unsere Kampagnen an der Seite folgender Organisationen und Verbände:

#aufstehn, 350.org, ADFC, aHang, Akcja Demokracja, Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung, Amadeu Antonio Stiftung, Attac, Avaaz, AWO, BUND, BUNDjugend, Bürgerbewegung Finanzwende, Changing Cities, Das NETTZ, Declic, DeGoedeZaak, Deutsche Umwelthilfe, Fearless Democracy, Fridays for Future, Gesicht zeigen!, Greenpeace, Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), HateAid, ichbinhier, Klima-Allianz, Le Mouvement, LobbyControl, Mehr Demokratie, NABU, Naturschutzjugend, NaturFreunde, Naturfreundejugend, Netzwerk Gerechter Welthandel, No Hate Speech Movement, Paritätischer Gesamtverband, Pro Asyl, Reconquista Internet, Robin Wood, Seebrücke, Skiftet, Stiftung Mercator, Together for Future, Umweltinstitut München, Unteilbar, urgewald, Verkehrsclub Deutschland (VCD), WeMove, „Wir haben es satt!“-Bündnis, WWF, WWF Jugend

Impressum

Herausgeber: Campact e.V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden

www.campact.de | support@campact.de

Verantwortlich: Daphne Heinsen, Dr. Felix Kolb

Redaktion: Nátali Krick, Jacob Fricke, Tina Musil, Nadine Schmidt, Marlena Wiemer

Redaktionsschluss: 19.08.2020

Fotos: Philip Eichler, Lukas Klose, Ruben Neugebauer, Jörn Neumann, Jan Ommen, Olga Perov, Moritz Richter, Sabine Vielmo, Paul Lovis Wagner

Icons: thenounproject.com

Layout: Martina Puchalla für www.zitrusblau.de

Weitere Informationen zu den folgenden Tabellen 10 bis 12 finden sich unter „Weitergabe von Mitteln an andere Körperschaften“.

Körperschaften, die 2019 von Campact e.V. finanzielle Mittel erhalten haben

Mitgliedsbeiträge und Empowerment von nationalen und internationalen Bewegungsorganisationen

Empfänger	Zweck	Betrag
Akcja Demokracja (Polen)	Politische Bildung	40.000,00 €
Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung e.V.	Mitgliedsbeitrag	50.000,00 €
Allmende e.V.	Spende	394,00 €
Amadeu Antonio Stiftung	Initiativen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	65.000,00 €
Amandla.mobi (Südafrika)	Politische Bildung	30.000,00 €
Aufstehn (Österreich)	Politische Bildung	80.000,00 €
Bewegungsakademie e.V.	Spende	800,00 €
Campax (Schweiz)	Politische Bildung	52.250,00 €
CORRECTIV gGmbH	Spende	240,00 €
Deutscher Naturschutz Ring (DNR) e.V.	Mitgliedsbeitrag	7.500,00 €
Deutscher Naturschutz Ring (DNR) e.V.	Mitgliedsbeitrag Netzwerk gerechter Welthandel	5.000,00 €
DeGoedeZaak (Niederlande)	Politische Bildung	75.000,00 €
F3_kollektiv e.V.	Workshops zu sozialökologischer Nachhaltigkeit und globaler Solidarität	5.000,00 €
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS)	Institutionelle Förderung	20.000,00 €
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS)	Mitgliedsbeitrag Klima-Allianz Deutschland	7.000,00 €
Gemeinsam Retten e.V.	Seenotrettung im Mittelmeer	5.000,00 €
Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.	Reform der Abgabenordnung	5.000,00 €
GLS Treuhand e.V.	Stiftungsfonds Zivile Seenotrettung	160.000,00 €
HateAid gGmbH	Spende Organisationsaufbau	100.000,00 €
ichbinhier e.V.	Spende Organisationsaufbau	100.000,00 €
Indians for Collective Action (Vereinigte Staaten von Amerika)	Politische Bildung	22.250,00 €
Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.	Degrowth-Sommerschule 2019	4.000,00 €
Le Mouvement (Frankreich)	Politische Bildung	63.000,00 €
OPEN Inc. (Australien)	Mitgliedsbeitrag	125.474,60 €
openPetition gGmbH	Institutionelle Förderung	105.000,00 €

Fortsetzung Mitgliedsbeiträge und Empowerment von nationalen und internationalen Bewegungsorganisationen

Empfänger	Zweck	Betrag
Transnational Institute (Niederlande)	Kampagne STOP ISDS	20.000,00 €
Uplift (Irland)	Politische Bildung	45.000,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Instituts für Publizistik der Universität Mainz e. V.	Spende	300,00 €
WeMove Europe gGmbH	Institutionelle Förderung	100.000,00 €

Tabelle 10

Beiträge zur Finanzierung von gemeinsamen Kampagnen-Aktivitäten

Empfänger	Zweck	Betrag
Aurelia Stiftung	Europäische Bürgerinitiative „Save bees and farmers“	40.000,00 €
BUND Thüringen e. V.	Beitrag Demo „Wir haben es satt“ 2019	750,00 €
COMM e.V.	Aktionstag „Kohle stoppen – Klima und Dörfer retten“	600,00 €
Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.	Kampagne „STOP ISDS“	1.000,00 €
Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.	Kampagne „Meine Landwirtschaft“	5.000,00 €
Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.	Beitrag Demo „Wir haben es satt“ 2019	30.000,00 €
Digitalcourage e.V.	Beitrag für #unteilbar Demo	50.000,00 €
Digitale Gesellschaft e.V.	Demo gegen die EU-Urheberrechtsreform	2.000,00 €
Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.	Verfassungsbeschwerde zur Strafbarkeit von „Containern“	15.000,00 €
Gesundheit.Menschenwürde.Solidarität e.V.	Hamburger Volksentscheid gegen Pflegenotstand im Krankenhaus	6.757,83 €
Klima*Kollektiv e.V.	Recherche Klimawandel und Landwirtschaft	7.500,00 €
NABU Brandenburg e.V.	Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“	5.000,00 €
NaturFreunde Deutschlands Berlin e.V.	Beitrag zum Klimacamp im Rheinland	10.000,00 €
NaturFreunde Deutschlands Berlin e.V.	Beitrag Demo SPD-Parteitag	5.000,00 €
NaturFreunde Deutschlands, Landesverband Berlin e.V.	Beitrag Demo „Ein Europa für Alle“	250.000,00 €
NaturFreunde Deutschlands, Landesverband Berlin e.V.	Beitrag zur IAA Demo und Sternfahrt	30.000,00 €
Plan Bio e.V.	Beitrag zu den Klimastreiks	8.000,00 €

Fortsetzung Beiträge zur Finanzierung von gemeinsamen Kampagnen-Aktivitäten

Empfänger	Zweck	Betrag
PowerShift e.V.	Factsheet EU-Mercosur-Assoziationsabkommen	500,00 €
Pro Biene gGmbH	Volksbegehren „Rettet die Bienen“	5.000,00 €
Together for Future e.V.	Beitrag zu den Klimastreiks	3.201,65 €
Verein für Verkörperte Ökologie und Kunst e.V.	We4Future Camp Berlin	2.000,00 €
Verein zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft – FaNaL e.V.	Beitrag Demo „Wir haben es satt“ 2019	3.000,00 €

Tabelle 11

Körperschaften, die 2019 von der Demokratie-Stiftung Campact finanzielle Mittel erhalten haben

Empfänger	Zweck	Betrag
HateAid gGmbH	Spende Organisationsaufbau	100.000,00 €
NaturFreunde Deutschlands Berlin e.V.	Beitrag zum Klimastreik	100.000,00 €
Together for Future e.V.	Beitrag zum Klimastreik	30.368,68 €

Tabelle 12

Fördern Sie Compact

Unsere Bürgerbewegung ist schnell, ausdauernd und unabhängig – dank 82.000 Förder*innen. Seien Sie dabei: Stärken Sie Compact mit Ihrem regelmäßigen Förderbeitrag.

**Klicken Sie
hier!** 



**Genug geredet:
Klimaschutz
jetzt!**

“ Allein finden wir kaum Gehör, aber zusammen kann man viel erreichen.“
Peter B., Förderer aus Berlin

“ Compact soll unabhängig bleiben, die Masse der kleinen Unterstützer*innen macht das möglich.“
Almut S., Förderin aus Darmstadt

Bewegt Politik
compact!